

Wöchentlich 63 Bl., monatlich 2,00 M.,
in Vorauszahlung. Postbezug 4,20 M.
einzelständig 60 Pf., Fortschritts- und
72 Pf. Postbezugsgebühren. Auslands-
abonnem. 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Hoff
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Bauer
Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in
die Böhmermei“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtebeleg“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 8
Fernsprecher: Dönhofs 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65, D. u. Dtsch.-Ges., Depositenkasse, Jerusalemstr. 63-66.

Die einseitige Konzentration
40 Pfennig, Restsumme 6.— Reichs-
mark. „Kleine Anzeigen“ des ein-
druckes Wort 25 Pfennig (täglich zwei
getragene Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Streifenbeleg das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Anzeigenmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentlich
von 9, bis 17 Uhr.

Preußen schafft Arbeit!

Das Programm der Regierung Braun.

Die preussische Staatsregierung hat der Reichsregierung Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung unterbreitet, bei deren Durchführung der Arbeitsmarkt um etwa 430 000 Arbeitskräfte entlastet werden würde. Die Hauptpunkte dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms sind:

Keine Belegschaftsverminderung bei ausreichender Beschäftigung für 40 Wochenstunden.

Ein neues Berufsschuljahr zur besseren Vorbildung der Jugendlichen; 250 000 auf ein Jahr vom Arbeitsmarkt zurückgehalten.

Bisher 110 000 ausländische Landarbeiter zugelassen, jetzt: Preußen will deutsche Arbeitslose an ihre Stelle setzen.

Umfassende Meliorationsarbeiten zur Hebung des landwirtschaftlichen Ertrages. Jährliche Beschäftigungsmöglichkeit für 78 000 Arbeiter.

Zu diesem Programm teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

Das Staatsministerium unterbreitet der Reichsregierung den Vorschlag, alsbald durch Gesetz eine Regelung dahingehend zu treffen, daß bis zu weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschränkung ihrer Arbeit gezwungen sind, so lange keine Verminderung ihrer Belegschaft vornehmen dürfen, als die von der Arbeitseinschränkung betroffene Belegschaftsgruppe bei einer Verminderung der Arbeitszeit noch mindestens 40 Wochenstunden oder 5 Tagesstunden Beschäftigung finden kann. Durch eine solche Maßnahme würde

die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht unwesentlich gehemmt

und gleichzeitig den individuellen Verhältnissen der einzelnen Betriebe genügend Rechnung getragen werden. Auch ein Personalwechsel innerhalb der Belegschaft würde hierdurch nicht verhindert.

Das Staatsministerium einigte sich ferner darauf, durch eine vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr ein Zustromen von neuen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt in der jetzigen Notzeit zu verhindern. Dabei ist daran gedacht, das weitere Schuljahr in erster Linie der Vorbereitung des Jugendlichen auf seinen künftigen Beruf zu widmen und die Ausbildung, die er so erfährt, bei seiner späteren Berufsausbildung in angemessenem Umfang zur Anrechnung zu bringen. Bedinglich für diejenigen Jugendlichen, die das Ziel der Volksschule nicht erreichen und über deren mangelhafte elementare

Kenntnisse in allen Wirtschaftskreisen immer wieder Klage geführt wird, soll das neue Schuljahr zur Besserung dieser Kenntnisse innerhalb des Rahmens der Volksschule selbst verwendet werden.

Als weitere Anregung hat die preussische Staatsregierung, die schon in den vorangegangenen Jahren immer für den fortschreitenden Abbau des Konjunkturs dieser Arbeiter eingetreten ist, der Reichsregierung vorzuschlagen, alsbald festzustellen, daß im nächsten Jahr keinerlei ausländische Wanderarbeiter (sogenannte Sachfengänger) für die deutsche Landwirtschaft zugelassen werden dürfen.

Dadurch könnte etwa 110 000 deutschen Arbeitslosen Arbeit verschafft

und dem unerträglichen Zustand ein Ende bereitet werden, daß bei einer deutschen Arbeitslosigkeit von fast drei Millionen Menschen über 100 000 Arbeitsplätze wieder von Ausländern eingenommen werden. Der immer wieder vorgebrachte Einwand, daß genügend deutsche Ersatzkräfte für diese Landarbeit nicht zur Verfügung ständen, wird restlos widerlegt durch die Feststellungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, nach welcher sich die schon jetzt in die Landwirtschaft in erheblichem Umfang vermittelten berufsfernen Arbeitskräfte und namentlich die Jugendlichen im allgemeinen recht gut bewähren haben, und daß die gegenteiligen Behauptungen, die gelegentlich in die Öffentlichkeit dringende Einzelsfälle betreffen, keineswegs Allgemeingültigkeit besitzen.

Gleichzeitig hat der preussische Ministerpräsident in Ergänzung der obigen Vorschläge ein umfassendes Meliorationsprogramm des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Steiger, das ebenfalls die Zustimmung des Staatsministeriums gefunden hat, an den Herrn Reichskanzler weitergeleitet. Landwirtschaftsminister Dr. Steiger schlägt vor, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches mit größtem Nachdruck für die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Meliorationen einzutreten. Der Landwirtschaftsminister stellt ein auf drei Jahre berechnetes Meliorationsprogramm auf, das für die Ostprovinzen etwa 90 Millionen Mark, für die übrigen Landesteile etwa 310 Millionen Mark vorzusehen, also jährlich rund 135 Millionen Mark erfordert. Er verweist auf die große Bedeutung, die diesem Programm bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zukomme. Da nämlich bei Meliorationen durchschnittlich 70 Proz. der aufzuwendenden Mittel auf Böhne emfallen, so würden etwa 94,5 Millionen Mark jährlich für Entlohnung Verwendung finden und 78 000 Arbeitern auf diese Weise eine Beschäftigung sichern.

Umsturz in Brasilien.

Die Marine stürzt die Regierung.

Rio de Janeiro, 24. Oktober.

Die Regierung ist gestürzt. Präsident Washington Luiz hat seinen Rücktritt erklärt.

Jetzt hat also zu guter Letzt auch in der weitaus größten südamerikanischen Republik, in Brasilien, die „Revolution“ geblüht. Revolution? Wenn eine Offiziers- und Politikerschicht die andere nach einem mehr oder minder langen und blutigen Bürgerkrieg ablöst, so ist das in unseren Augen noch lange keine Revolution. Höchstens ein gewaltsam durchgeführter Personalwechsel, der auf die soziale, wirtschaftliche und sogar auf die politische Entwicklung des Landes keinen fühlbaren Einfluß ausübt.

Das „Volk“ jubelt? Was beweist das schon! Als kürzlich in Argentinien Frigonen gestürzt wurde, lag Buenos Aires tagelang im Freudentaumel. Dabei hatte erst wenige Monate zuvor die direkte Präsidentenwahl durch das Volk eine ungeheure Mehrheit für ihn ergeben. Und viele von denen, die jetzt in Rio de Janeiro Todesrufe gegen den zurückgetretenen Präsidenten Washington Luiz ausstoßen, dürften noch vorgestern zum Kampfe gegen die Rebellen aufgefordert haben.

Diese politische Unruhe der südamerikanischen Volksmassen ist nicht zuletzt durch das Fehlen einer nennenswerten modernen Arbeiterbewegung zu erklären. Außer in Argentinien, wo gewisse Ansätze einer sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung vorhanden sind, gibt es eigentlich nur einen Staat, nämlich Uruguay, wo die Arbeiterschaft

einigermaßen organisiert ist; und es ist wohl kein Zufall, daß gerade Uruguay von jenen Cliquenkämpfen zwischen rivalisierenden Militärs und Politikern verschont geblieben ist, die sich stolz „Revolutionen“ nennen.

Diese politische Rückständigkeit der südamerikanischen Republiken hatte Genosse Hilferding in seinem Referat auf den Kieler Parteitag 1927 treffend charakterisiert:

„Die Demokratie existiert nur, wo starke, mit politischem Bewußtsein erfüllte proletarische Organisationen dahinterstehen; sonst geht sie zugrunde. Sehen Sie sich die südamerikanischen Staaten an! Famose Verfassungen, Demokratie in Ordnung, aber keine proletarische Organisation, Cliquenwirtschaft, Militärputsche usw., eine vollständige Verkünderung, weil Demokratie nur möglich ist, wenn eine starke bewußte Arbeiterklasse dahintersteht.“

So stehen wir dem vorläufigen Abschluß des Bürgerkrieges auch in Brasilien ziemlich gleichgültig gegenüber. In Ländern, in denen die Bevölkerung, die zum größten Teil aus Mischlingen besteht, oft mit den rücksichtslosen Methoden des Frühkapitalismus ausgebeutet wird, werden sich die wirtschaftlichen Zustände nicht im geringsten deshalb ändern, weil ein Frigogen durch einen Urburu, oder ein Washington Luis durch einen General Castro gestürzt worden ist. Für die ausländischen Kapitalisten, namentlich die Nordamerikaner, die ihr Geld mit Hilfe der gestürzten Machthaber nutzbringend investiert haben, mag der Personalwechsel von beunruhigender Bedeutung sein, und es scheint in der Tat, als ob die Washingtoner Regierung d. h. die Finanzgrößen von Wallstreet, einen neuen schweren Rückschlag erhalten hat. Aber darüber hinaus sollte man den Ereignissen in Brasilien keine übermäßige innenpolitische und erst recht keine internationale Bedeutung beimessen.

(Weitere Notizen siehe 3. Seite.)

Das Ende der Staatspartei.

Und das Ende des deutschen Liberalismus.

Von Anton Erkelenz.

Kein verständiger Sozialdemokrat wird sich freuen über den Zusammenbruch der Staatspartei und mit ihr der Demokratischen Partei. Aus den Erinnerungen und aus den geschichtlichen Leistungen seit 1918 für den neuen Staat ist die Demokratische Partei nicht wegzudenken. Gewiß, der große Machtfaktor dieser zwölf Jahre war und ist die Sozialdemokratische Partei. Auch das Zentrum war und ist vermöge seiner katholischen Massen in bestimmten Bestteilen, für die Republik ein bedeutender Machtfaktor. Eine Macht in diesem Sinne war die Demokratische Partei nie. Und dennoch war sie unentbehrlich für den Aufbau des neuen Staates. Sie war eine geistige Macht, nicht aus einer geschlossenen Ideenwelt heraus, sondern weil sie den Zugang hatte zu einem Teil, zeitweise zu einem großen Teil des geistigen Deutschland! Ohne die geschlossenen Machtformationen der Sozialdemokratie wäre die Republik längst nicht mehr. Aber ohne den Zugang der ein bis zwei Millionen der „Gebildeten“ aus der Besitzerschaft, auch einzelner Teile der Unternehmerschaft wäre die Deutsche Republik viel schwächer gewesen und geblieben, als sie heute ist.

Mit der Demokratischen Partei sinkt der Liberalismus als politische Macht dahin. In einer Zeit, die nicht mehr ganz zum Kapitalismus zurück und die auch noch nicht den neuen Geist, die neuen Formen finden kann, die wachsen müssen und werden, könnte ein entschlossener, sozial verantwortungsbewußter Liberalismus noch einmal eine entscheidende wichtige Aufgabe erfüllen. Liberalismus ist als Gesinnung auch immer noch vorhanden. Seine politische Organisationsform aber sinkt rettungslos hin. Es gibt nur noch Reste eines politischen, organisierten Liberalismus, obwohl es noch viele Liberale gibt. Ein großer Teil von ihnen wurde mehr und mehr gezwungen, die Erfüllung ihrer Ziele zu suchen in Anlehnung an die Arbeitnehmermassen der Sozialdemokratie. Die anderen werden bald noch folgen müssen, wenigstens alle diejenigen, die nicht einfach im „bürgerlichen“ Opportunismus der Deutschen Volkspartei untertauchen wollen. Der Kampf um die Ideale, der Kampf um das Morgen bleibt allein der Sozialdemokratie. Das englische Beispiel ist darin fast ebenso schlagend wie das deutsche.

Die Wurzeln der bisherigen Demokratischen Partei waren in der Vorkriegszeit vor 1910 die Wähler der damaligen Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung. In der erstenen sammelte sich der letzte Rest des radikalen und liberalen Kleinbürgertums von 1848, der diese Ideen teils noch bewußt gepflegt, teils nur traditionell weitergetragen. Die Freisinnige Vereinigung war, besonders unter dem Einfluß von Barth und Raumann, eine Führergruppe von Intellektuellen, erfüllt vom Staatsgedanken und von dem Bewußtsein sozialer Pflicht für die Aufsteigenden, für die Hungerigen. Raumann ufm. wollten hauptsächlich für die Arbeitnehmer und für den Staat wirken. Es war — jetzt nachträglich sehe ich das deutlicher als damals — eine fast unlösbare Aufgabe, ein „einbürgerliche Wählerchaft für die schwerste aller politischen Aufgaben, für eine Einordnung der Arbeitnehmerschaft in Staat und Nation zu gewinnen. Das gelang noch, solange die eiserne Reaktion des wilhelminischen Zeitalters die Ideale und Gefühle des liberalen Kleinbürgertums täglich verletz und noch einen Rest achtundvierziger Stimmung wach erhielt. Als nach dem Kriege mit der Erfüllung der achtundvierziger Ideale dies Band wegfiel, ging auch dieser Teil des Kleinbürgertums schnell zur Interessenspolitik über und wurde reaktionär. Damit verlor die Demokratische Partei ihre soziologische Grundlage, ihre bis dahin noch einigermaßen leidliche innere Festigkeit. Das liberale Bildungselement war in sich nicht fest genug, um einen Rahmen unerschütterlicher Organisation zu schaffen.

Treu blieben der Demokratischen Partei bis in die letzten Jahre hinein vier Gruppen: 1. Die Träger des Raumannschen Ideals des sozialen Liberalismus; 2. Arbeiter und Angestellte, die aus vielen Gründen nicht den Weg zur Sozialdemokratie finden konnten; 3. „bürgerliche“ Elemente, die aus ähnlichen Gründen nicht den Weg zur Sozialdemokratie fanden; 4. der Rest der Freihändler und die viel größere Zahl derjenigen, die für weitgehenden Güter- und Geistesausgleich eintraten. Kurz nach der Wahl 1928 trat die Gruppe 4 fast restlos aus. Die Dietrichsche Agrarpolitik, Liberal und auf Konservierung der landwirtschaftlichen Besitz- und Arbeitsmethoden eingestellt, führte zu einer Massenflucht besonders des Handels. Was parteipolitisch um so wichtiger war, als diese Kreise meist auch noch zu den sonst ipärlischen Geldgebern gehörten. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe waren danach die Arbeitnehmer, obwohl schon im Laufe der Jahre durch die schwankende Politik der Partei viele stille Abwanderungen nach links stattgefunden hatten. So haben vor und bei der Wahl schon Hunderttausende Demokraten den Weg zur Sozialdemokratie gefunden und der Abfluß von der Demokratischen Partei ist unter dem Druck der Ereignisse nach der Wahl noch größer geworden. So schnell und unter so

wenig angenehmen Umständen brauchte der deutsche Liberalismus nicht aus dem parteipolitischen Leben zu verschwinden. An Aufgaben für ihn fehlte es nicht... Der Zusammenbruch war unvermeidlich bei jeder Verschmelzung, sei es mit Scholz oder Mahrman. Eine wenn auch bescheidene Zukunft hätte die Demokratische Partei nur bei voller Aufrechterhaltung ihrer Selbstständigkeit.

Das Ende des politischen Liberalismus legt der Sozialdemokratie neue schwere Pflichten auf. Wo sollen die Millionen Republikaner hin, die bisher nicht zur Sozialdemokratie und nicht zum Zentrum gehörten? Soll ihr Kampfesmut verkümmern? Wo sollen die Millionen Angestellten, Beamte, Lehrer usw. hin, für die Staat und Politik nicht Angelegenheit eines persönlichen Egoismus sind, sondern, ebenso wie bei den meisten Arbeitern, Sache eines großen Ideals? (Es gibt ja nichts Dummes und Oberflächlicheres, als den Befreiungskampf der Arbeiter und Angestellten einfach als „Interessenkämpfe“ zu betrachten.) Und umgekehrt gefragt: Kann der Kampf um Demokratie und Republik, kann der Kampf für den geistigen und sozialen Fortschritt ohne diese Menschen geführt und gewonnen werden? Ganz gewiß nicht. Persönlich betenne ich mich zu der Auffassung, daß die Sozialdemokratie eines Tages ganz und gar allein in diesen Kampf einzutreten zu führen, und vielleicht liegt der Tag nicht so fern. Weil ich die Dinge so sehe, deshalb bin ich zur Sozialdemokratie gegangen. Es wird keinen leichten Sieg geben, sondern es werden wahrscheinlich harte Jahre kommen. Um so mehr ist es Pflicht, jeden heranzuziehen, der bei diesen entscheidenden Auseinandersetzungen über Deutschlands nationale und soziale Zukunft mitwirken will.

Für das Arbeitermementum in der Partei wird das alles bedeuten, entschlossener als bisher den Weg der gemeinsamen Arbeit mit den Kreisen des Volkes zu suchen, die nicht Arbeiter im engeren Sinne sind. Ein etwas besserer Anzug macht einen hungrigen Bürokratenträger noch nicht zum reichen Mann oder zum Klassenfeind. Solche Scheidungen sind Reste aus dem Denken des wilhelminischen Halbfeudalismus. Das Freitagsblatt: „Wer da mäht im Feld die Wehren...“ sollte öfters im Jahr der Tagespruch einer siegesfähigeren Sozialdemokratie sein.

Die größere Schwierigkeit in der Einordnung der hier gemeinten Kreise in das Heer der Freiheitskämpfer liegt noch auf der anderen Seite. Die Einbildung des Intellektuellen, der ab seiner größeren Kenntnisse meint, alle anderen seien doch nicht recht für voll zu nehmen, muß überwunden werden. Das Ziel hat Thomas Mann in diesen Tagen gezeigt. Er sollte seinen Kreisen noch deutlicher sagen, wie sie dieses Ziel erreichen können. Wenn Hunderttausende Arbeiter und Angestellte als Mitglieder der Sozialdemokratie ihr Geld, ihre rastlose Arbeit der Partei und durch die Partei dem Staate opfern, dann sollte man in dieser Opferwilligkeit etwas Großes, Wichtiges sehen lernen statt der „kleinlichen Bedanterie des Organisationsbürokraten“. Ohne den Organisationsbürokraten gibt es keine Macht für die Ideen, die man durchsetzen will. Ideen ohne Macht sind lustige Gebilde, Seifenblasen. Man kann sich gewiß daran erfreuen, sie aufsteigen zu lassen. Mit Politik aber hat das nichts zu tun. Und man kann von den Millionen Anhängern einer Partei, die aus tausend bitteren Erfahrungen wissen, wie schwer es ist, die Weltgeschichte ein Stückchen vorwärts zu schieben, nicht verlangen, daß sie sich mit Seifenblasen zufrieden geben. Die Handarbeiter und die Kopfarbeiter müssen jetzt erfassen, daß ein neuer Abschnitt der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands begonnen. Die Sozialdemokratie, ob sie will oder nicht, muß die Erbschaft des deutschen Liberalismus übernehmen, sonst gibt es bald nur noch finstere Dunkelheit in Deutschland.

Volkspartei!

Die Anekte der Nationalsozialisten.

Die ganze politische Erbärmlichkeit der Deutschen Volkspartei oder um völlig gerecht zu sein, ihres größten Teils, ergibt sich aus den Bemerkungen, die eine Reihe von volksparteiischen Blättern zur Ernennung Seeverings machen. Man lese nur beispielsweise, was die „Magdeburgerische Zeitung“ und der „Hannoversche Kurier“ zu diesem Thema schreiben: Das Volk, das am 14. September unzweideutig sein Votum gegen die Sozialdemokratie abgegeben habe, müsse die Folgen des Stretzes zwischen Zentrum und Sozialdemokratie um die Vorherrschaft in ihrer Ehe tragen. Was soll das heißen? An die Stelle eines Sozialdemokraten ist ein anderer getreten. Die Stellung des Zentrums in der Preußentheilung ist dadurch in keiner Weise erschüttert. Aber der andere gilt eben als besonders energiegelad. Er ist entschlossen, den Fehdehandschuh, den die Nationalsozialisten der Republik hinwerfen, aufzunehmen und deshalb wird er von der Volkspartei angegriffen.

Das Volk hat gegen die Sozialdemokratie entschieden? Nun, und was hat es mit der Volkspartei angefangen? Es hat sie in ein Häufchen Unglück verwickelt, aber diese erbärmungswürdige Gesellschaft hat sich nicht gekümmert, die Hand nach dem Poffen des Reichstagspräsidenten auszustrecken, die Hand freilich, die dem Kommando des Herrn Hitler folgte.

Der „Hannoversche Kurier“ aber verlangt wieder einmal, daß auch in Preußen die Lösung von der Sozialdemokratie vollzogen werde und praktisch läuft das Streben dieser Leute nach wie vor darauf hinaus, den Nationalsozialisten auf dem Weg über ihre Regierungsverbeteiligung im Reich Preußen auszuliefern. In deren Schatten hoffen dann die Freunde des Herrn Scholz die Rolle spielen zu können, auf die sie weder nach ihrer ziffermäßigen Größe noch nach ihrem politischen Talent oder gar nach ihrem politischen Charakter einen Anspruch erheben dürfen. Sie sind tief genug gesunken, um sich mit ihrer Vorkammlingstellung zu begnügen.

Das Kabinett berät.

Reichshaushalt für 1931 verabschiedet.

In der Kabinettsitzung am Freitag verabschiedete das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichskanzlers den Reichshaushaltspplan für 1931. In diesem Zusammenhang sahen die Reichsminister den Beschluß, nicht erst eine gesetzliche Herabsetzung ihrer Bezüge abzumachen, sondern bereits am 1. November hierauf auf 20 Proz. ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten. Im Hinblick auf die Verabschiedung des Reichshaushaltspplanes 1931 wird das Reichskabinett in der nächsten Woche die weiteren mit dem Wirtschafts- und Finanzpläne zusammenhängenden Vorlagen verabschieden. Nach Vorgesprächen

Franzen überführt!

Sein Parteifreund Guth belastet ihn schwer.

Der braunschweigische Naziminister Franzen kämpft einen verzweifelten Kampf gegen die Wahrheit. Nach einem lächerlichen und widerspruchsvollen Demenst, das selbst die ihm befreundete Presse nur mit äußerster Verlegenheit abdruckte, sucht Herr Franzen die Verbreitung der Wahrheit mit Verboten, Beschlagnahmen und einseitigen Verfügungen aufzuhalten. Aber er kämpft einen verlorenen Kampf. Die Wahrheit ist auf dem Marsche!

Wie wir zuverlässig erfahren, wird Franzen nicht nur durch das Zeugnis von sechs Polizeibeamten, sondern auch durch die Aussage seines eigenen Parteifreundes Guth auf das schwerste belastet. Guth, der sich — mit dem falschen Ausweis des Abgeordneten Lohse bewaffnet — als dieser ausgab, hat nämlich zu Protokoll dem Sinne nach folgendes ausgesagt:

Nachdem er einmal, durch den in seinem Besitz befindlichen Ausweis verführt, sich als Abgeordneter Lohse ausgegeben habe, sei es ihm peinlich gewesen, seinen Betrug einzugestehen, und er sei bei der falschen Aussage geblieben. Er habe dann seinen Freund, den Minister Franzen, telefonisch herbeirufen lassen, in der Hoffnung, daß dieser einen erträglichen Ausweg finden werde. Als aber der Staatsminister Dr. Franzen auf seinen — Guths — Wunsch herbeigeholt wurde,

habe Franzen die Aussage Guths unterstüzt und den Polizeibeamten der Wache erklärt, daß die aus dem Lichtbildausweis bezelzeichnete Person der Abgeordnete Lohse sei.

Guth erklärt weiter, daß dann der Polizeimajor Heinrich hinzugekommen sei und daß auch diesem gegenüber weder Franzen noch Guth ihre Aussage, daß es sich um

Lohe handele, geändert hätten. Erst ganz am Schluß, unmittelbar vor dem Abtransport Guths, habe Franzen ihm zugeflüstert, daß es jetzt doch ratsam sei, der Wahrheit die Ehre zu geben. Hierauf sei Franzen an einen Polizeibeamten herangetreten und habe mit diesem etwas gesprochen, was Guth nicht verstanden habe. Er nehme aber an, daß dies Gespräch der Aufklärung des Sachverhalts diene.

Diese von Guth völlig unbeeinflusst gegebene und eigenhändig unterschriebene Aussage deckt sich in allen wesentlichen Punkten mit der Darstellung der Polizeibeamten. Die Beweislage ist damit folgende:

Auf der einen Seite steht gegen Franzen das Zeugnis des Polizeimajors Heinrich, eines Polizeihauptwachmeisters, zweier Polizeioberwachmeister, eines Polizeiwachmeisters und eines Kriminalassistenten, zusammen von sechs Polizeibeamten, deren übereinstimmende Aussage unterstüzt wird durch die des siebenbenen Zeugen, des Nationalsozialisten Guth.

Gegen diese sieben Ausagen steht für Franzen — allein das Verlegenheitsgestammel des Herrn Minister Franzen selber. So ist nichts!

Sämtliche Augen- und Ohrenzeugen des Vorfalls lagen geschlossen gegen Franzen aus. Damit ist der Minister Franzen einwandfrei überführt, die Unwahrheit zu sagen.

Im Dienste dieser öffentlichen Unwahrheit erläßt Herr Franzen Beschlagnahmen, Plakate und Versammlungsverbote, ertvort er einseitige Verfügungen — alles zum Schutze seiner eigenen Person, zur Vertuschung seiner eigenen Verfehlung.

Der Skandal wird von Tag zu Tag größer.

Sozialdemokratische Realpolitik in Bayern.

Zusammenarbeit mit der Bayerischen Volkspartei.

München, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

In Bayern ist eine politische Entscheidung gefallen, die für das Land große Bedeutung hat und unter Umständen auch nicht ohne Wirkung auf die Reichspolitik sein wird. Nach einigen Wochen diskreter Verhandlungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Sozialdemokraten gelang, was ein Bürgerblotregiment in sechs Jahren unter viel günstigeren Verhältnissen nie zu Wege brachte, die Abgleichung des Haushalts und damit buchstäblich in letzter Stunde die Abwendung schwerster Gefahren für die Wohlfahrt des Volkes und des Staates.

Seit 10 Jahren wurde in Bayern gegen die Sozialdemokratie regiert. Stürmisch setzte diese Entwicklung ein mit einem vom Staat zunächst heimlich und dann offen begünstigten „antimarxistischen“ Kurs, der die Nationalsozialisten und das ganze „Rechtswertendeckelnde“ Bündnis und Verbände hochzückte, bis sich die offizielle Staatsgewalt des Freistaats Bayern offen auf dem Boden des Hochverrats gegen das Reich bewagte. Die Katastrophe des Hitler-Sturzes ging gerade noch an Volk und Staat vorüber. Dann kam die „demokratische“ Regalierung des Kurzes zur Unterbrechung der Sozialdemokratie, die damit endete, daß der Staat Bayern jedes neue Jahr Bürgerblotregierung deutschnationaler Färbung mit einem hohen Millionendefizit im Staatshaushalt bezahlte und daß er schließlich im Sommer d. J. vor dem finanziellen Ruin stand. Die Regierung mußte abtreten und die Initiative zur Rettung ändern überlassen.

Die Prüfung der Bilanz des „Antimarxistenkurses“ und noch mehr die schweren Aufgaben, die dem Staat zur Bänderung der bösartigen Wirtschaftskrise im bevorstehenden Winter obliegen, machten den Sozialdemokraten die Entscheidung nicht allzu schwer, als der Ruf zur Mitarbeit an sie erging. Sie prüften die Grundlagen und Möglichkeiten für die Sanierung der Staatsfinanzen, stellten dann ihre Forderungen und in vernünftigen Beratungen stücker Art mit der Gegenpartei wurde nach wenigen Wochen ein Ergebnis erzielt, für das die sozialdemokratische Landtagsfraktion vor der Partei und der werktätigen Bevölkerung die volle Verantwortung zu tragen bereit ist.

Diese Verantwortung geht nach einer doppelten Richtung. Der 10- bis 20prozentige Abstrich an Staatspositionen erstreckt sich auch auf kulturelle und soziale Staatsaufgaben, für deren Erfüllung in möglicher großer Ausmaß die Sozialdemokratie immer in vorderster Reihe kämpfte. Es ist klar, daß wir nicht gewillt sind, diese rohen, von der augenblicklichen Not erzwungenen Kürzungen in der Zukunft alle aufrecht zu erhalten. Sobald die äußeren Umstände wieder günstiger geworden sind — und das ist durch Sanierung des Haushalts angebahnt — wird der Ausgleich nach den Grundfäden der sozialen Gerechtigkeit kommen müssen.

Die zweite Schwierigkeit lag in der Notwendigkeit, dem Staat eine weitere Einnahmequelle, d. h. eine neue Steuer

zu erschließen in Gestalt der Schlachtsteuer, da nach monatelangen Suchen kein Finanz- und Steuerfachmann eine andere praktisch durchführbare Steuer entdeckt hatte. Im Sommer d. J. hatten die Sozialdemokraten diese Schlachtsteuer in ihrer ersten rohen Form zwar abgelehnt. Nachdem aber ihren Wünschen auf Umformung im Sinne sozialer Gerechtigkeit Rechnung getragen wurde, konnte sie im Hinblick auf ihr grundsätzliches Ziel der Staatsabgleichung die früheren Bedenken zurückstellen. Das Wesentliche, was erreicht wurde, besteht in einem allgemeinen Verbrauchssteuergesetz, einer Tarifstaffelung zugunsten der weniger bemittelten Volksteile, einem Schutz für die Fleischwarenindustrie, so daß eventuelle Arbeiterentlassungen vermieden werden und schließlich in einer Zusage der Regierung, daß vom nächsten Jahr an die Gemeinden ein Ertrag der Schlachtsteuer zugunsten ihrer Wohlfahrtsfürsorge beteiligt werden. Von Bedeutung ist ferner, daß durch sozialdemokratische Initiativen im Landtag nunmehr eine feste und gesicherte Wehrmacht vorhanden ist, die in Kürze den Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparats in den Zentral- und Mittelstellen energisch betreibt.

Diese Zugeständnisse wurden im allgemeinen ohne besondere Schwierigkeiten erreicht. Hart ging es aber her bei der sozialdemokratischen Forderung nach Verminderung der jeweiligen Zuwendungen des Staates an die Kirchen. Da fast der Vorkriegszeit von 8 auf 30 Millionen gestiegen und in dieser Höhe ein Stein dauernden Aufstoßes bei allen anderen deutschen Ländern geworden sind. Noch im Sommer d. J. stellte sich die Bayerische Volkspartei und ihre Regierung auf den Standpunkt, daß an diesen Leistungen an die Kirchen nicht ein Pfennig gestrichen werden dürfe. Dieser Grundlag kirchlicher Rechtspolitik ist heute gebrochen, die Sozialdemokratie hat erreicht, daß der Abstrich bei der Subventionierung der Kirchengemeinschaften von 1931 an im gleichen Umfang vorgenommen wird wie bei allen anderen freiwilligen Staatsleistungen. Dabei muß anerkannt werden, daß dieses Ergebnis auch der Einsicht zu danken ist, die heute in einzelnen führenden Köpfen des politischen Katholizismus in Bayern vorhanden ist.

Auf dieser Grundlage hat die sozialdemokratische Fraktion dem Sanierungsgesetz im Ausschuss zugestimmt; sie wird das auch im Plenum des Landtags tun, nachdem sie erkannt hat, daß den durch einen nichtabgeglichenen Haushalt aufs Spiel gesetzten Arbeiterinteressen nur durch ihre positive Mitwirkung gebietet werden kann. Die Haushaltsrettung mit Hilfe der Sozialdemokraten, die demokratisch-parlamentarische Zusammenarbeit mit der Bayerischen Volkspartei hat eine allgemein politische Bedeutung. Die dringlichste Aufgabe der Sozialdemokratie und der anderen demokratischen Parteien ist nach dieser Reichstagswahl, die Demokratie im Reich und in den Ländern zu sichern. Diese Erkenntnis hat sich auch in Bayern klar durchgekehrt, der Anfang zur Umwertung der Erkenntnis in die praktische Politik ist gemacht — und sie sollte weiterwirken, wenn im Frühjahr 1931 der Bayerische Landtag neu gewählt ist!

gen mit den Länderregierungen über diese Vorlagen ist als Beginn der Beratungen des Reichsrates über den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung in der heutigen Kabinettsitzung Dienstag, der 4. November, in Aussicht genommen worden. Das Reichskabinett trat schließlich auf Grund eines Vortrages des Reichsministers Schiele in eine eingehende Erörterung der zur Wälderung der landwirtschaftlichen Notlage erforderlichen Maßnahmen ein. Diese Beratungen werden am Sonnabend zum Abschluß gebracht.

550 Millionen Mindereinnahmen.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht jetzt die Steuer- und Zolleinnahmen für den Monat September und zugleich für die ersten sechs Monate des ab April laufenden Finanzjahres 1930/31.

Nach dem Septemberausweis kamen an Besitz- und Verbrauchssteuern 332,7 Millionen Mark und an Zöllen und Verbrauchsabgaben 266,1 Millionen Mark auf, so daß sich das Gesamtaufkommen im September auf 598,8 Millionen Mark. In einzelnen Blöcken die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuererträge hinter dem Augustaufkommen um 30,2 Millionen Mark zurück, während an Lohnsteuerzahlungen mit 114 Millionen Mark rund 1,9 Millionen Mark mehr eingingen.

Das Gesamtaufkommen an Steuern und Zöllen in den ersten sechs Monaten des laufenden Rechnungsjahres 1930/31 beliefert sich auf 4580,7 Millionen Mark und bleibt damit um 532,1 Millionen hinter den im Etat veranschlagten Sollereinnahmen von 5,11 Milliarden zurück. Das Mindereinkommen geht mit 297,8 Millionen zu Lasten der Besitz- und Verbrauchssteuern und mit 254,8 Millionen zu Lasten der Zölle und Verbrauchsabgaben.

Diese Ziffern lassen jedoch noch keine Schlussfolgerungen für das Endergebnis des laufenden Finanzjahres zu, da die neuen Steuern, die zum Teil erst im Laufe dieses Rechnungsjahres eingeführt sind und zum Teil erst in den kommenden Monaten fließen werden, eine Steigerung der Einnahmen trotz der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse bringen werden.

„Verkaufte Rollen.“

Städtische Oper.

Kubers heitere Oper „Verkaufte Rollen“, von Ewald Guismann für die Bühne neu bearbeitet, fand gestern in der Erstaufführung der Städtischen Oper freundlichen Beifall, zu dem die hübsche Aufmachung des letzten Aktes viel beitrug.

Der Protest der Beamten.

Beschluß des Bundeslages des Deutschen Beamtenbundes.

Der Bundestag des Deutschen Beamtenbundes ging am Freitag zu Ende. Mit Rücksicht darauf, daß jetzt überaus lebenswichtige Dinge für die deutsche Beamtenchaft auf dem Spiele stehen, sah der Bundestag von Satzungsänderungen ab. Zu den beamtenpolitischen Fragen wurden verschiedene Anträge angenommen, die im wesentlichen für Vereinfachung eintreten, eine schrittweise Dezimierung des Beamtenums ablehnen und baldige Durchführung der 48-Stunden-Woche bei den Reichsbeamten verlangen. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag gegen die Entbehrung der öffentlichen Verwaltung angenommen. Ebenso fand ein Antrag Annahme, der für die Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland fordert, daß die Saargruben im öffentlichen Besitz und die Rechte ihrer Beamten gewahrt bleiben.

Zur Besoldungsfrage wurde den vom Gesamtvorstand eingebrachten Anträgen und Entschlüssen zugestimmt, worin gefordert wird, daß Reichstag und Reichsregierung die durch die Reichstagsauflösung unterbrochene Arbeit zur Reform der Besoldungsgehalte fortsetzen mögen. Zur Frage des Beamtenrechts wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung die schleunige Verabschiedung des Beamtenverordnungsgesetzes gefordert.

Der Finanzplan der Reichsregierung wird in einer großen einstimmig angenommenen Entschließung scharf kritisiert. Die Entschließung besagt: Die Besoldungsreform werde durch die gestante Gehaltsföhrung zu einem wesentlichen Teil wieder rückgängig gemacht. Große Teile der Beamtenchaft würden sogar geringere Bezüge erhalten, als ihnen vor der Besoldungsreform zustanden. Die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung ließen eine Heranziehung höher und höchster Privateinkommen außer Betracht. Schon hieraus rechtfertige sich eine Ablehnung der ohne Fühlungnahme mit der Beamtenchaft vorgeschlagenen Gehaltstürzung, die überdies des notwendigen sozialen Einschlages entbehre. Die Regierung habe sich leider auch nicht entschlossen, die vorhandenen Steuerquellen genügend auszunutzen und die vaterlandsfeindliche Kapitalflucht zu unterbinden.

Der Bundestag betonte den selbstverständlichen Willen der Beamtenchaft zur tatkräftigen Unterstützung aller Maßnahmen, die den Bestand des durch die Verfassung vom 11. August 1919 geordneten Staates sichern, gleichzeitig aber auch den Willen der Beamtenchaft zur entschiedenen Abwehr der unberechtigten Eingriffe in die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Stellung der Beamten.

Der bisherige Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Wilhelm Flügel, wurde mit 260 von 337 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. In die Bundesleitung wurden gewählt: Wieg (Zentralgewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamter), Knebel (Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner), Kugler (Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamter), Vogel (Reichsbeamte), Schrader (Polizeibeamte), Gressmühl (Länderbeamte), Ehrmann (Kommunalbeamte), Kofin (Lehrer), ferner für Süddeutschland Eymann und für die Frauenverbände Frau Kolshorn.

Severings Amtsantritt.

Sicherheit, Ordnung, Sparsamkeit.

Gestern übernahm der neue preussische Minister des Innern, Severing, die Amtsgeschäfte. In Gegenwart der fehlenden Beamten des preussischen Innenministeriums begrüßte mit herzlichem Worten der Staatssekretär Dr. Wegg den Minister. Severing dankte dem Staatssekretär für die freundlichen Begrüßungsworte und erklärte, daß er im Augenblick seiner Amtübernahme keine längeren programmatischen Ausführungen zu machen gedenke. Unter dem Zeichen der vertrauensvollen Zusammenarbeit hoffe er, werde auch recht wieder seine Tätigkeit im preussischen Innenministerium stehen. Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Preußen und Durchführung äußerster Sparsamkeit seien die Aufgaben, die er sich vor allem setze. Mit warmen Worten der Anerkennung und des Dankes gedachte Minister Severing dann des Wirkens seines Amtsvorgängers Staatsminister a. D. Professor Dr. Baerlig.

In der Staatsministerialitzung fand vor Eintritt in die Tagesordnung die Vereidigung Severings durch den preussischen Ministerpräsidenten Braun statt. Gleichzeitig wurde er durch Kabinettsbeschuß zum Bevollmächtigten des Reichsrats ernannt.

Palästina-Regierung gegen Zionisten.

Zusammenhänge mit der Indienpolitik?

Haifa, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Palästina-Regierung wird demnächst ein drakonisches Pressgesetz erlassen, das die Präventivzensur verfehrt und schwere Strafen für Preßdelikte vorsieht, ferner wird ein Ausnahmestrafgesetz über das Verbot von Bankäufen durch Juden erlassen. Arabische Kreise behaupten, daß das Kolonialamt unter dem Druck der indischen Mohammedaner mit Unterstützung Lord Curzons eine Revision der bisherigen Bodenläufe aus dem jüdischen Nationalfonds erwäge.

Südslawischer Terror.

Preibischewitsch im Verlies.

In einigen Zeitungen stand dieser Tage, der südslawische Demofratentführer und ehemalige Minister Sostosar Preibischewitsch sei wieder freigelassen worden.

Wie uns mitgeteilt wird, ist diese Nachricht falsch. Preibischewitsch wird seit siebzehn Monaten in Einzelhaft gehalten. Weder der Grund der Verhaftung noch eine Anklage ist ihm bisher bekanntgegeben, man vermehrt seinen Angehörigen, ihn zu sehen und zu sprechen, man verweigert ihm alle Rechtsmittel.

Arbeiterversammlungen verboten.

Von den freien Gewerkschaften einberufene Versammlungen in Marburg, Cölz, Badach usw., in denen der Vertreter Südslawiens im Internationalen Arbeitsamt, Dr. Jinto Topalowski, über die Wirtschaftskrise und die Arbeiterchaft sprechen sollte, hat die Regierung des Draubanats allesamt verboten.

Kempkes will nicht mehr. Staatssekretär a. D. Kempkes, der schon bei der letzten Reichstagswahl auf ein Reichstagsmandat verzichtete, hat, wie die „RdZ.“ berichtet, die von ihm seit langen Jahren innegehabte Stellung eines Leiters der Gesamtorganisation der DDP niedergelagt.

Beschlagnahme der „Roten Fahne“. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Berlin ist die Beschlagnahme des Hauptblattes der Nr. 24 der „Roten Fahne“ vom 24. Oktober d. J. wegen des Artikels: „Wir warnen vor Severing“ von dem Amtsgericht Berlin-Mitte angeordnet worden.

Nationalsozialistische Ehre.

„Diesem System gegenüber werde ich stets mein Ehrenwort brechen.“
(Abg. Gregor Straker im Reichstag am 18. Oktober 1930)



„Sag mal Vater, ich hab da mein Ehrenwort gegeben. — muß ich es als deutscher Mann auch halten?“
„Ja, lieber Sohn, das kommt ganz darauf an: wem?“

Brasilien.

Die Marine gab den Ausschlag.

Bernambuco über New York, 24. Oktober.

Einem Junkspruch der „Associated Press“ aus Rio de Janeiro zufolge hat sich auch die Marine, die bisher treu zur Regierung hielt, den Aufständischen angeschlossen. Bald darauf erfolgte der Rücktritt des Präsidenten Washington Luiz. Als die Bekanntmachungen über den Rücktritt an den Zeitungsgebäuden angeschlagen wurden, bemächtigte sich der Bevölkerung ein wahrer Freudentaumel. Die Banken und Geschäfte schlossen zur Feier des Sieges der revolutionären Sache.

Die Zeitung „La Nação“ in Buenos Aires meldet aus Rio de Janeiro, daß eine Militärjunta, unter deren Führern sich Tasso Fragoso und General Menno Barreto befänden, die Regierung übernommen habe.

Weitere New-Yorker Meldungen aus Rio besagen: Anscheinend beherrscht der Pöbel die Straßen, Studenten veranstalten Kundgebungen und bescheln den Sieg der Revolution. Häuser von Regierungsanhängern sind geplündert worden. In der „Agencia Americana“ wurde die gesamte Einrichtung auf die Straße geworfen und das Gebäude von der Menge in Brand gesteckt. Die Polizei steht dem Treiben auf den Straßen tatenlos zu. Die geringe Garnison ist anscheinend noch unerschützt, ob sie sich den Aufständischen anschließen soll.

In Porto Alegre, dem Hauptquartier der Aufständischen, hat die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Rio unbeschreibliche Begeisterung hervorgerufen. Man ist sich darüber klar, daß die Lage der am Parana kämpfenden Bundestruppen völlig unhaltbar werden muß, falls die Aufständischen in Rio die Oberhand behalten.

Militärputsch!

Rio de Janeiro, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Militärputsch des Generals de Castro hat auch zur Verhaftung des gestürzten Präsidenten Luiz geführt. Gegen drei Uhr vormittags rückte der General Menno Barreto in die Stadt ein. Die Straßen und das Präsidentenschlosspalais wurden militärisch besetzt. Luiz weigerte sich, zurückzutreten. Darauf wurde ihm ein Ultimatum gestellt. Beglaubigte Darstellungen über die weitere

Entwicklung des Umsturzes und ob Luiz freiwillig zurücktrat, fehlen noch.

Senator Ayres, ein Anhänger Luiz', wurde auf der Straße gefesselt und ist schwer verwundet.

Barreto erklärte in einem Aufsatze, er betrachte sich nur als provisorischer Inhaber der Macht, bis ein neuer Mann den neuen Verhältnissen Rechnung getragen hätte. Damit ist nach der argentinischen auch die brasilianische Regierung der Mittelschicht und der Rechtskräfte zum Opfer gefallen.

Ein Militärdirektorium.

New York, 24. Oktober.

Nach dem Umsturz wurde in Rio de Janeiro ein aus drei Generälen und drei Admiralen zusammengesetztes Militärfomitee eingesetzt, das den General Menno Barreto zum Schutzbefehlshaber ernannte. Barreto soll die Regierungsgeschäfte bis zur Durchführung der Neuwahlen führen. Er erließ sofort eine Kundgebung an das brasilianische Volk und ordnete die Demobilisierung der Truppen an. In einem weiteren Aufsatze ernannte er die Bevölkerung, die Ruhe zu bewahren.

Der Bundesgeneral Barros, der mit 100 000 Dollar Regierungsgelder flüchten wollte, wurde im letzten Augenblick verhaftet. Die Mitglieder des alten Kabinetts haben sich in die ausländischen Gesandtschaften geflüchtet. Washington Luiz befindet sich angeblich im Palast des Kardinals.

Bestürzung in Washington. — Ein blamierter Botschafter.

Washington, 24. Oktober.

Nach Blättermeldungen hat der Sturz der brasilianischen Bundesregierung im Staatsdepartement große Bestürzung erregt. An die amerikanische Botschaft in Rio de Janeiro, die noch zwei Stunden vorher gedroht hatte, daß alles ruhig sei und nichts von einem Rücktritt des Präsidenten berichtet hätte, wurde eine telegraphische Anfrage gerichtet. Mangels einer amtlichen Bestätigung der Meldungen lehnte der Staatssekretär jegliche Stellungnahme ab.

Ein Braunkohlenstandal.

Berliner Brikettpreise sollen unverändert hoch bleiben.

Das Mitteldeutsche und Ostelbische Braunkohlenyndikat haben beschlossen, die Preise für Industriebriketts mit Wirkung vom 25. Oktober um 6 M. je 10 Tonnen herabzusetzen. Die Hausbrandpreise bleiben bei beiden Syndikaten unverändert.

Diese Maßnahme der beiden Braunkohlenyndikats ist bei der jetzigen Lage eine Herausforderung der Verbraucher-massen. In einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise und ständig zunehmender Drosselung der Massentauffahrt haben die Kohlenbarone im ostelbischen und mitteldeutschen Revier die Stirn, sich vor einer allgemeinen Preisentwertung zu brüden und im Gegensatz zu sämtlichen anderen Kohlenrevieren Deutschlands nur eine geringfügige Preisentwertung für Industriebriketts vorzunehmen. Die Absicht der Braunkohlenherren liegt auf der Hand. Mit der Abschlagszahlung an die Industrie wollen sie etwaigen Vorwürfen ihrer Industriellen Kollegen ausweichen, daß sie eine Senkung der Produktionskosten vereitelt hätten. Der Bevölkerung Groß-Berlins aber, die ihre Brikettvorräte fast ausschließlich nur aus den Revieren dieser

beiden Syndikats bezieht, wollen sie weiter ihre hohen Preise diktieren, da die Verbraucherschaft den Syndikats gegenüber machtlos ist.

Erst gestern hat das Institut für Konjunkturforschung eine Untersuchung veröffentlicht, wonach die Ausgaben der deutschen Bevölkerung der Hausbrandkohle jährlich 1,5 bis 1,7 Milliarden Mark beträgt. Eine durchgängige Preisentwertung für Hausbrandkohle würde bei gleichbleibendem Verbrauch den Konsumenten jährlich um 90 bis 100 Millionen entlasten. Diese 100 Millionen ständen also den Verbrauchermassen für andere Ausgaben zur Verfügung und würden somit eine tatsächliche Kaufkraftstärkung und damit eine Konjunkturbelebung zur Folge haben.

Diese Gründe sind natürlich für die Führer der großen Braunkohlenkonzerne gar nicht maßgebend. Ihre wahre Meinung wurde von uns bereits nach den Feststellungen eines bürgerlichen Blattes dahin charakterisiert, daß eine Breitenverbreitung für die Berliner Bevölkerung deswegen nicht in Frage kommen könne, weil für den mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenbergbau zurzeit keine neuen Lohnverhandlungen möglich seien.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper
Unter d. Linden
A-V. 55
20 Uhr
Der Postillon v. Lonjumeau
Ende n. 22 Uhr

Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus I
19 1/2 Uhr
Aida
Ende g. 23 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
R. A-V.
19 1/2 Uhr
Der Freischütz
Ende n. 22 1/2 Uhr

Staat. Schiller-Theater, Charlitz
20 Uhr
NORA
Ende 23 Uhr

SCALA

Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. u. 3. Ber. 9.230
Pr. 1-6 M. — Nachm. halbe Preise.
Groß und weitere Attraktionen.

PLAZA

Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 9. 5 u. 9
Alex. E. 4. 8066
Sylvester Schaffer
Charley-Williams-Sono usw.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54

Direktion: Ralph Arthur Roberts
Das hässliche Mädchen
Englisch — Roberts — Jansson.

GROSS-SCHAUSPIELHAUS

Nur noch 1 Woche!
Lustige Witwe
Hesterberg, Hansen, Arns, Schollwer, Jankuhn, Schaeffer, Winkelstein, Deent.
REGIE: CHARELL

CIRCUS BUSCH

Tägl. 7 u. 9 1/2 Uhr. 10. 9.230
Sonntags 3 Vorstellungen:
2 1/2 Uhr. 30 Pig. 1.50 Mk.
5 u. 8 1/2 Uhr. 30 Pig. 3.- Mk.
500 Badische Preisen: 1000
Alle Kinder in den Circus!

CASINO-THEATER

Uwidererrlich nur bis 30. Oktober
Hurrah, ein Junge!
Am 1. November 1930 zum 1. Male!
Arm wie eine Kirchenmaus
Gutschein 1-4 Pers. Fauteuil 1,25 M.
Sessel 1,75 M. — Sonstige Preise:
Parkett 75, Rang 60 Pfg.

Winter Garten

8.15 Uhr — Raden er duht
Tiffany Twins, Dora Kasan u. Nestor, Prof. Pallos 5 Singende Ladies, Brown u. La Hart usw.
Sonntag u. Sonntag je 2 Vorstellungen
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

Volksbühne

Theater am Blümlplatz.
8 Uhr
Die Weber
v. G. Hauptmann
Regie: K. H. Martin.

Staat. Schiller-Th.

8 Uhr
Nora

Deutsches Theater

8 Uhr
Neueinstudierung
Ein Sommer-nachtsraum
Regie: Max Reinhardt.

Kammerspiele

8 1/2 Uhr
Elga
von Gerhard Hauptmann.
Regie: Gustav Hartung.

Die Komödie

8 1/2 Uhr
Der Schwierige
von Hugo von Hofmannsthal.
Regie: Max Reinhardt.

Theat. J. Westras

8 1/2 Uhr
Brest Litowsk
von Hans J. Wählich.
Sonntag nachm. 3 Uhr
Peterdorns Mondfahrt
3 Uhr
Schwarzwalddiäl.

Lessing-Theat.

8 1/2 Uhr
Elisabeth, Königin von England
von Lenormand
Hillich, Rehmans.
So. 11 1/2 Uhr:
Nachvorstellung
Gruppe junger Schauspieler
Flucht nach Sibirien



(Hans Rose)

„In der Johannismacht“

Stürmisches Leben!
Entscheidende Musik!
Traute, Hans u. Willi Rose!
Wochentags 8 1/2 Uhr
Sonntags 7 und 10 1/2 Uhr
Preis von 10 Pf bis 2.- M.
Programm u. Garderobe je 25 Pf (kein Zwang)

Reichshallen-Theater

Abends 8 Sonntag nachm. 3 1/2
(zu halben Preisen)
Stettiner Sänger
Zum Schluß
Tägl. 11-12, nachm. ab. 12-12 1/2
Dönhofs-Brett!
Das gr. Ork.-Programm! Tanz, Kapelle Hans Sticht

Berliner Theater

Dönh. 62a, 62b.
Täglich 8 Uhr
Alexander Moissi
in
„Der Idiot“
v. Dostojewski

Rose-Theater

Gr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex. 3422 u. 3494
11 1/2 Uhr:
Dornröschen
7 und 10 1/2 Uhr
In der Johannismacht

Zentral-Theat.

Täglich 8 1/2 Uhr
Sonnt. auch 8 1/2 Uhr
Eine Freundin so goldig wie Du
Operette v. Meisel.
Vor. für Parkett 1.-
stall L.-M. nur 1.-
täglich von 25-28. Okt.
Sonntags 3 Uhr
Rotkäppchen

modul

Waldstücke,
Wormsplatte, aut.
erhalten. Beraal.
Reichlinstraße 3. 8

Waldstücke

Waldstücke,
Wormsplatte, aut.
erhalten. Beraal.
Reichlinstraße 3. 8

Barnowsky-Bühne

Theater in der Stresemannstr.
Täglich 8 1/2 Uhr
Sturm im Wasserglas
Komödie von Frank.
Komödienhaus
8 1/2 Uhr
Konto X
von Demner und Gesterlicher

Berliner Ulk-Trio

Neukölln. Lahnstr. 74/76 L
Rennen zu Koppelgarten
Sonntag, 25. Oktober
nachmittags 1 1/2 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung, Werkzeugmacher!
Montag, den 21. Oktober,
nachm. 5 Uhr, im Lokal von Gerhmann,
Rosastr. 1, Ecke Zeughofstr.
Versammlung
der **Werkzeugmacher**
der Kleinbetriebe
Zusammenkunft:
Der Stell in den DDMJ.-Betrieben.
Sebet Betrieb nach betreten sein.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Achenbach-Garagen

ab Lager
Weinblech- und Stahlbauten
jeder Art
Gebr. Achenbach & M. H., Weidenau/Sieg
Eisen- und Weiblichwerke. — Postfach 384.

Gewinnauszug

1. Klasse 36. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Zur jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne
gefallen, und zwar je einer auf die rote gleiche Nummer
in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 24. Oktober 1930
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M.
gezogen

2 Gewinne je 50000 M. 399352
4 Gewinne je 10000 M. 177926 291559
4 Gewinne je 5000 M. 392839
2 Gewinne je 3000 M. 129494
14 Gewinne je 2000 M. 1587 39139 127243 196495 309377 314161 371207

22 Gewinne je 1000 M. 39856 71143 162993 172071 202906 251144 265558 279636 303310 383179 385909
32 Gewinne je 800 M. 8953 26310 49233 130755 170501 175751 180346 231517 233423 276763 317472 331845 352215 358034 360516 377155

60 Gewinne je 500 M. 21314 21737 44115 60652 100587 102838 109959 115099 115769 142348 143395 150559 163979 169330 188774 171079 202976 205953 211480 232793 254334 288950 296271 298116 325455 332594 337607 354303 378211 397618

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M.
gezogen

6 Gewinne je 3000 M. 34199 132079 148631
4 Gewinne je 2000 M. 76893 104439
21 Gewinne je 1000 M. 890 48025 48499 50513 71187 196114 221096 275443 299331 308260 359845 379309
44 Gewinne je 800 M. 54318 54994 65093 81802 101629 101900 116471 126795 188119 211672 243854 250353 255507 260630 349697 354237 356513 367310 371249 372486 398835 399875
52 Gewinne je 500 M. 1884 25081 56362 84764 88928 102344 103712 108348 116783 130985 130753 146212 150201 151604 156394 191129 200520 260050 260294 260959 268512 294982 340058 341341 381670 398797

Franziska Pflanz

Am Donnerstag, dem 20. Oktober.
8 1/2 Uhr, endlich unerwartet meine
liebe Frau
August Pflanz und Nette
Frankfurter Meer 229
Die Einkehrung endet Montag,
den 27. Oktober, 18 1/2 Uhr, im Kre-
matorium Gerichtstraße 111

Kleines Theat.

Merkur 1624
Täglich 8 1/2 Uhr
Wasserschau
Leopoldine Kozianka,
Ralph, Chiel, Gerha,
Dunka, Siegel, de Kow.

Blumenspenden

Jeder Art
infert preiswert
Paul Gollitz
varmst Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F 8, Oberbaum 1303

Danksagung.

Den Parteigenossinnen, Genossen,
Freunden und Bekannten, die uns
anlässlich des Hinscheidens meiner
lieben Frau und unserer guten Mutter
beglückende Beweise ihrer Teilnahme
beweisen, und im besonderen Herrn
Blitzer Dr. Bachowski für die sadne
Behandlung der Trauerfeier: sagen wir
unseren innigsten Dank.
Eugen Kirsche
und Söhne.

Arbeiter Wohlfahrt

Waiswitt-Lose
50 PF
DOPPELLOSE 1.- RM.
PORTO UND LISTE 30 Pig. EXTRA

139 674 GEWINNE UND 2 PRAMIEN
IM GESAMTWERTE VON RM.
500 000
HOCHSTGEWINN AUF EIN DOPPEL-
LOS IM WERTE VON RM.
70 000
HOCHSTGEWINN AUF EIN EINZEL-
LOS IM WERTE VON RM.
35 000
2 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JE RM.
25 000
2 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JE RM.
15 000
U. S. W. U. S. W.

Glücksbriefe
mit 10 Losen 5 RM. mit 20 Losen 10 RM.
Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch
mit 90 Prozent ausgezahlt.
Lose zu haben bei den Kreisleitern der
Arbeiter-Wohlfahrt, bei der Buchhandlung
Dietz, Vorwärts-Expedition, Lindenstraße 3,
bei Werthelm und in allen Geschäften der
Konsumgenossenschaft.

Kleine Anzeigen
wirkungsvoll und billig

Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf. / Wiederholungsrabatt: 10 mal 5%, 20 mal oder 1000 Worte Abschluss 10%, 2000 Worte 15%, 4000 Worte 20 %
Stellengesuche: Überschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (1/9 bis 5 Uhr), und sämtliche Vorwärts Filialen u. Ausgabestellen

Verkäufe
Tafeln, Kabinen, Sessel, Sofas, etc.

Waldstücke
Wormsplatte, aut. erhalten. Beraal. Reichlinstraße 3. 8

An der Stätte der Trauer

Die Liste des Grauens: 262 Opfer!

Wisdorf, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Laufe des Freitagnachmittags haben die Hinterbliebenen ihre Toten, die in der Waschlaupe der Beche Anna I würdig aufgebahrt liegen, auffuchen können. Es ist erschütternd, die Vorbereitungen für die am Sonnabend stattfindende Trauerfeier mit ansehen zu müssen. Ganz Wisdorf ist eine Stätte der Trauer.

Am Sonnabend werden die Trauerfeierlichkeiten durch Gottesdienste in der katholischen und evangelischen Kirche eingeleitet. Die Gemeindevertretung von Wisdorf hält um 8.45 Uhr eine Trauerfeier ab. Um 10 Uhr nimmt die Trauerfeier im Fehengebäude, die auch durch Rundfunk verbreitet wird, ihren Anfang. Es werden sprechen, Generaldirektor Westermann vom Eschweiler Bergwerksverein, ein Vertreter der Arbeiter, der Reichsarbeitsminister, der preussische Handelsminister und Geistliche der drei Konfessionen. An der Trauerfeier können nur die nächsten Angehörigen, Vertreter der Behörden, der Organisationen, der Betriebsvertretungen in beschränkter Zahl teilnehmen. Den freien Bergarbeiterverband wird der erste Vorsitzende, Reichstagsabg. Genosse Husmann vertreten.

In der Totenhalle . . .

Im Laufe des Freitag wurde noch ein Bergmann im unterirdischen Betrieb tot aufgefunden. Ebenfalls wurde unter den Schuttmassen des eingestürzten Fördergerüsts noch ein weiterer Bergmann geborgen. Im Krankenhaus sind zwei weitere Bergknappen ihren schweren Verletzungen erlegen. Somit weist die Totenliste von Wisdorf nunmehr 262 Opfer auf.

Unter den Trümmern des eingestürzten Verwaltungsgebäudes wurde Freitag mittag nicht die Kartothek, sondern die Kartothek gefunden. Damit können nun noch nicht genaue Angaben über die Zahl der Eingefahrenen gemacht werden, sondern es kann lediglich, wenn die Kartothek freigelegt ist, der Familienstand, Geburtstag usw. der Bergleute eingesehen werden. In dem Verwaltungsgebäude befanden sich zur Zeit des Unglücks auch drei Bergleute aus der Nachschicht, die vor der Lohnabteilung auf ihren Restlohn warteten. Zwei von ihnen sind jetzt unter den Trümmern geborgen worden.

Das furchtbarste Bild bietet augenblicklich die Waschlaupe von „Anna I“, in der nunmehr alle Toten gesammelt in den Särgen aufgebahrt sind. Vor dem großen Altar in der Mitte liegen schon viele Kranzspenden, darunter auch Kränze ausländischer Grubenverwaltungen. Auf jedem Sarg liegt ein Kranz des Eschweiler Bergwerksvereins. In einzelnen Gruppen, nach Gemeinden geordnet, sind die Toten hier aufgebahrt. Die Angehörigen werden von Sanitätern heringeführt und zu ihren Toten gebracht. Immer wieder brechen Frauen mit lauten Wehrufen zusammen.

Trauergeleit in Berlin.

Auf Grund eines einmütigen Beschlusses der evangelischen Kirchenbehörden Berlins werden am Sonnabend vormittag in der Zeit von 10 bis 10.15 Uhr aus Anlaß der Beisehung der Grubenopfer in Wisdorf die Glocken sämtlicher Berliner Kirchen läuten.

Franreichs und Englands Arbeiter trauern mit uns

Beim Bundesvorstand des ADGB sind von den französischen und englischen Gewerkschaften Beileidstelegramme eingegangen. Das Telegramm der Franzosen lautet:

„Tief erschüttert durch die Katastrophe von Aachen, drückt die CGT im Namen der französischen Arbeiterklasse ihr aufrichtiges Beileid aus und bittet, den Familien der Opfer und dem Bergarbeiterverband ihr brüderliches Mitgefühl zu übermitteln. gez.: Jouhaux.“

In dem Telegramm der Engländer heißt es: „Im Auftrage des Generalrats des Gewerkschaftsbundes, der die Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens repräsentiert, drücken wir unseren deutschen Genossen unser tiefstes Mitgefühl aus. Eine Katastrophe solcher Art muß die Gewerkschaften aller Länder mächtig bestärken in ihrem unablässigen Streben um das Höchstmögliche von Schutz für die Arbeiter gegen die schmerzlichen Gefahren, denen sie täglich ausgesetzt sind in der Erfüllung der verschiedenen Dienste, von denen die Existenz der Gesellschaft abhängt.“

Der französische Außenminister Briand hat namens der französischen Regierung durch den französischen Botschafter der Reichsregierung anlässlich des Grubenunglücks in Wisdorf sein Beileid übermitteln lassen.

dem jungen Mädchen und dem Geistlichen handelte. Vorl: Hat Gertrud Frenzel Ihnen den Namen dieses Geistlichen genannt? Zeuge: Das hat sie nicht getan. Ich wollte ihr anfangs auch keinen Glauben schenken, aber Gertrud wiederholte daraufhin nochmals, daß zwischen ihr und dem Geistlichen intime Beziehungen beständen. Ich zweifelte schließlich nicht mehr, zumal das junge Mädchen behauptete, 19 Jahre alt zu sein, eine Angabe, die, wie ich später hörte, unrichtig war.

Dann wurde der Chauffeur Kost aus Waltershausen vernommen, der bekundete, daß er Gertrud und ihre Freundin etwa achtzehnmal abends heimlich zum Tanzvergnügen gefahren habe. Der Zeuge erklärte, er habe beobachtet, daß der Landwirt Höhne sich mit Gertrud anlässlich des Tanzvergnügens in Wälmendorf lange Zeit unterhalten habe.

Die Aussage des Zeugen Höhne hatte im Gericht die größte Ueberraschung hervorgerufen.

Der Staatsanwalt Dr. Stargard fragte den Zeugen Höhne wiederholt, ob er mit irgend jemandem vorher über den Prozeß gesprochen habe. Der Zeuge verneinte das jedoch.

Gertrud trieb sich nachts herum.

Sehr interessant verlief auch die Vernehmung des Inspektors Pleper, der in Waltershausen auf dem Zimmermannschen Gut tätig war. Der Zeuge erklärte einleitend, es sei ihm bekannt gewesen, daß Gertrud sich viel herumgetrieben habe. Rechtsanwalt Dr. Brandt: Was verstehen Sie unter Herumtreiben? Zeuge: Das Mädchen ist abends nach 9 Uhr im Dunkeln ausgerückt und die halbe Nacht fortgeblieben. Gertrud hatte stets ihre Heimlichkeiten, so hat sie mich von Anfang an, ich solle ihr alle Briefe, die an sie gerichtet waren, aus der Post herausnehmen und sie ihr zustellen. Mit der Zeit lernte ich die Handschriften auf den an sie gerichteten Briefen genau kennen. Als ich ihr eines „Na, hat Dein Freund wieder mal geschrieben?“ laschte sie und sagte: „Na, hat Dein Freund wieder mal geschrieben?“ laschte sie und sagte: „Ja, Gott sei Dank, endlich.“ Diese Mitteilungen, die in schroffem Widerspruch zu den bisherigen Aussagen Gertrud Frenzels stehen, veranlaßte das Gericht, Gertrud erneut zu loben.

Eine Stadt überflutet.

Vollkommen vernichtet. — Hunderte von Toten.

New York, den 24. Oktober.

Wie aus Mexiko-Stadt gemeldet wird, ist die Stadt Alamo durch ein verheerendes Hochwasser völlig vernichtet worden. Hunderte von Menschen haben in den hochgehenden Fluten den Tod gefunden. Außer Alamo ist auch die Stadt Tuxon im Staate Veracruz durch die Ueberschwemmung schwer heimgesucht worden. Militärische Hilfe ist aus Tampico angefordert worden.

Schiffbrüchiger gerettet.

Im Meere treibend aufgefunden. — Dampfer mitten durchgebrochen.

Oslo, 24. Oktober.

Bei Christianund wurde am Freitag ein Boot im Meere treibend aufgefunden, in dem sich ein völlig erschöpfter Mann befand. Es handelte sich um den zweiten Steuermann des Osloer Dampfers „Kong Ragnar“. Er berichtete, daß der Dampfer in der Nacht gestrandet und mitten durchgebrochen sei. Er sei über Bord gesprungen und habe sich schließlich retten können. Nach einer weiteren Meldung sind noch acht Mann der Besatzung gerettet worden. Sieben Mann werden noch vermißt.

Der Liebesbrief des Pfarrers.

Sensationelle Wendung im Frenzel-Prozeß — Gertrud in übelstem Licht.

Gestern sind in Potsdam eine Anzahl Zeugen aus Waltershausen, wo Gertrud Frenzel auf dem Gut der Zimmermannschen Eheleute als Hausdame tätig war, vernommen worden, deren Befundungen die Glaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugin Gertrud auf das schwerste erschüttern haben.

Einleitend wurden einige Hausangestellte und Schornsteinfeger vernommen, die bei Frenzel tätig waren und die übereinstimmend bekundeten, daß ihnen niemals etwas Verdächtiges aufgefallen sei. Dann wurde der wichtigste Zeuge des Tages, der Landwirt Reinhold Höhne aus Wälmendorf vernommen, der Gertrud Frenzel 1929

gelegentlich eines öffentlichen Tanzvergnügens im Gasthaus seines Neffen kennengelernt hatte. Mein Neffe hatte mich gebeten, ihm im Geschäft zu helfen und so beobachtete ich die Gertrud, die zunächst ziemlich gedrückt im Saal stand. Ich sprach das junge Mädchen an und fragte im Verlauf der Unterhaltung, ob sie etwa Liebeskummer habe. Gertrud wollte erst nicht mit der Sprache heraus, wurde dann aber zutraulicher und erzählte mir, sie habe eine unglückliche Liebe, denn ihr Geliebter, zu dem sie in nahen Beziehungen stehe, sei ein Pfarrer. Mein Erstaunen war sehr groß, da ich aus dem Gespräch den Eindruck haben mußte und auch heute noch habe, daß es sich um ein sehr enges Liebesverhältnis zwischen

Walter A. Persich
25] *Vielleicht morgen.*

Und weiter die Rede ein Schrei: „Vielleicht ist es schon tot! Begreift du — Bert — vielleicht hat es keinen Atemzug mehr im Leib und ist starr und kalt und sein Mund ist still und es kennt keine Schmerzen mehr. Nein — nein — halte mich nicht fest — nein —“ Sie war aufgesprungen und rang an der Küchentür mit ihm. „Nein, du, laß mich, ich muß zu ihm. Ich muß es wissen! Fühlst du denn nicht diese Angst? Du hast kein Herz mehr, selbst nicht für dein Kind! Geh doch morgen zur Arbeit — geh nur, viele Stunden bin ich allein. Stehe an der Maschine, hole dir eine Blutvergiftung, stirb und dann laß mir Bescheid schicken: der Junge ist tot und der Mann ist auch tot! Und um mich her ist die ganze Welt. Die lebt weiter und hält nicht eine Minute den Atem an, weil eine Frau allein ist!“

15.

Schließlich war Berla gegangen. Es bestand wenig Aussicht, daß er seine richtige Bahn noch erwische, so sehr hatte er sich verspätet. Die Männer glauben immer, mit trostreichen Worten etwas Ordentliches zu tun. Dabei rühren sie nur mit plumpen Fingern an die Wunden. Weshalb hatte er eigentlich soviel geredet? Wenn er des guten Ausgangs so sicher war, wie er angab, hatte er denn nötig, ihr immer wieder zu sagen, sie müsse vernünftig sein? Männer sind eben nur Väter, nichts weiter. Das Unglück ihrer Kinder macht sie traurig, aber es vernichtet sie nicht.

Annie hatte sich jedenfalls vorgenommen, sich bis gegen ein Uhr, nicht früher und nicht später, auf der Reimmachestelle aufzuhalten und nach dem Kind zu sehen. Um diese Zeit mußten die Stationsärzte zu erreichen sein, daß mußte sie. Sie würde sich heute nicht wieder abspießen lassen, und sollte sie die Türen mit aller Kraft auseinanderstößen, die Schwester zur Seite stoßen und den Weg erzwingen. . . . Der Portier ließ die Entschlossene wortlos passieren —

ihr Gesicht war Drohung und Qual, sie ging an ihm vorüber, einfach und selbstverständlich, niemand hätte sie aufhalten können, und ehe er denken konnte, war sie im Garten verschwunden. Wachte sie . . . solche gehen nur zu Toten, und die kann man nicht wegschicken.

Da war der Pavillon.

Heute benutzte Annie den zweiten Eingang, den zum Tagesraum, und darin war etwas von der Sonne dieser Tage und ihrer Müdigkeit. Kinder sahen um einen Tisch mit Bilderbüchern, beschäftigten sich mit Bauklötzen, bunte Pappstücke, kleine Bälle slogen zur Erde und es war alles voll von ihrem Sprechen, Lachen, Fallen. Wirklich, eines meinte auch in der Ecke — das hielt vor der Frau, die so große Augen hatte, inne. Es stand auf, kam näher, Annie merkte es nicht, da sie die Schwester suchte. Das Kleine zerrte sie am Rock.

„Du“, sagte eine helle Stimme, „du Frau, bring Lena zu Mami. Lena ist traurig, Lena will doch sooo dern zu Mami und tann da nich hinfinden.“

Die Tränen — ja, sie waren wieder da, als Annie sich herabbeugte und den Kopf des Mädels streichelte.

„Ich kann auch nicht hinfinden, Lena. Morgen kommt deine Mami hierher, sie hat es mir gesagt. Spiel nur mit den andern.“ Vom Saal her kam eilig eine Schwester, die eine Fremde im Vorraum gesehen hatte.

„Der Zutritt ist doch verboten, bitte, gehen Sie!“ rief sie schon von weitem.

„Ich möchte zu meinem Jungen“, erklärte Anni leise.

Die Schwester, eine von den ganz jungen, fast noch ein Kind, fragte, und ihre Stimme wurde gut: „Auf unserer Station? Da ist doch nur ein Fall — gewesen . . . wie heißt er denn?“

„Ferdinand Berla . . .“

„Ach so . . .“

Das waren zwei mutlose Worte, und der Mund der Schwester sah nicht so aus als wenn er noch einen Laut hergeben könne.

Ein Mädel rief Weinerlich: „Lester Fina — er nimmt mir die Leine weg . . .“

Die beiden Frauen wußten nicht, was sie miteinander beginnen sollten. Der Wunsch der Pflegerin, ihr zu helfen und die offensbare Unmöglichkeit, es zu tun, sprach sich deutlich in der ganzen Haltung des Mädchens aus. Sie ordnete mit einer Hand etwas auf dem Tisch und blickte die Frau immer wieder an.

Eine andere Schwester brachte ein Kind auf dem Arm herein und setzte es in einen hohen Stuhl, der vorn zugeriegelt wurde. Erst, als sie gehen wollte, schien sich „Fina“ zu besinnen. Sie hüpfte erregt der Kollegin nach.

„Schwester Alberta, bleiben Sie bitte zehn Minuten bei den Kindern?“

„Ich habe im Saal zu tun . . .“

„Da — ich muß aber einen Augenblick frei sein. — Dies ist Frau Berla, die Mutter des Knaben, der gestern . . .“

„Ach so —“ lautete die gedehnte Antwort, „aber nicht lange, bitte!“

Alle schienen hier zu wissen, was mit dem Jungen geschehen war, nur sie, die Mutter, hatte keine Ahnung. Wollte man sie nun zu ihm bringen?

Sie mußte wohl endlich folgen, die freundliche Schwester wartete zwischen den Schiebetüren. Man sah mit einem Blick die Reihen der Kinderbetten, nahm noch bestigeren Chloroformgeruch auf und befand sich sogleich in einem zimmerartigen Gelaß an dessen Wänden trift Instrumenten- und Medikamentenschränke standen. Die junge Schwester schloß die Tür und hat Annie, auf dem einzigen Stuhl Platz zu nehmen. Dann stand das kleine blonde Ding wieder mit hängenden Armen vor ihr, ohne eine Ahnung, was man mit der Mutter beginnen könne.

„Schwester, bitte — bitte — sagen Sie mir, was ist geschehen? Warum führen Sie mich nicht zu meinem Jungen?“

„Haben Sie heute morgen keinen Brief bekommen?“

„Heute? Nein. Ich bin um acht Uhr fortgegangen.“

„Liebe Frau Berla — es war nicht möglich, das Kind zu retten. Ich habe selbst bis zum letzten Augenblick an seinem Bettchen geessen — gestern abend ist es ganz still eingeschlafen. Ich hatte es eben vorher noch gut ins Kissen gelegt — es schlief — und als ich seine Hand fühlte, war sie schon kalt. — Bitte Frau Berla, denken Sie daran, wie viele Kinder wir als Schwestern zum letzten Male sehen — all dies Furchtbare ist uns schon Gewohnheit geworden, wir wissen nicht mehr, was es heißt, wenn ein Mensch stirbt. Und dennoch hätte ich Ihnen kleinen Jungen so gern gesund gesehen. Er war so klein und hatte so viel Geduld mit seinen Schmerzen, wie kaum ein Erwachsener. Ich weiß nicht, wie ich darauf komme, ich dachte mir immer, er müsse, wenn er gesunde, ein guter Mensch werden . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Koch nicht der Mörder?

Mitbeweis im Kramer-Prozess geblüht? — Beide Stief-söhne gegen den Angeklagten.

Halberstadt, 24. Oktober.

In der Prozessverhandlung gegen den halberstädter Otto Koch wegen der Ermordung des Bergwerksdirektors Kramer ist am gestrigen Nachmittag eine große sensationelle Wendung eingetreten.

Die Vernehmung des Zeugen Hermann Brandt hat den Mitbeweis des Angeklagten fast lückenlos bestätigt. Bekanntlich hat der Angeklagte seinerzeit ausgesagt, daß er in der kritischen Stunde sich zu Hause beim Abendbrot befunden habe und daß damals der Sohn seiner Bekannten, der eben vernommene Hermann Brandt für eine Weile zu Besuch kam. Brandt mußte aber bald fortgehen, weil sich das Ehepaar Koch zum Besuch bei Bekannten aufmachen wollte. In der heutigen Verhandlung bezeugte Hermann Brandt, daß er am 19. Februar gegen 7 Uhr abends zu Koch gekommen sei und daß dieser um diese Zeit auf dem Sofa gesessen habe. Er könne nicht genau sagen, wie lange er bei Kochs geblieben sei, es könne sich aber höchstens um 20 Minuten handeln, dann sei er fortgegangen, weil Frau Koch sagte, sie gingen abends noch zu Besuch.

Die Vernehmung des 24jährigen Stiefsohnes von Koch, des Arbeiters Hans Stölzer, ist für den Angeklagten belastend. Stölzer bezeugt, daß der Angeklagte keine Mutter, die Frau Koch, auf das ärgste mißhandelt hat und erzählt, daß einige Tage vor der Tat der Angeklagte an ihn und an seinen Bruder herangetreten wäre mit der Aufforderung, Kramer niederzuschießen. Der Angeklagte hätte gesagt: „Kramer ist über Leiden gegangen, jetzt sollen die Leiden über Kramer gehen.“

Das Gericht beschließt den Zeugen unbeeidigt zu lassen und schreibt dann zur Vernehmung des zweiten Stiefsohnes des Angeklagten Alwin Stölzer. Dieser Zeuge bestätigt die Aussagen seines Bruders und erzählt, daß der Angeklagte sie aufgefordert habe, Kramer in die Senzgrube des Zechenbades zu werfen. Auf eine Frage des Rechtsanwalts, wo diese Aufforderung erfolgt sei, erklärt der Zeuge, in der Wohnung beim Stalpielen. — Vors.: Dann wird es vielleicht ein Spott gewesen sein. — Zeuge: Nein, es war sehr ernst. Auch dieser Zeuge bleibt unbeeidigt.

Im Arbeitsamt niedergeschlagen.

Wieder ein Robeitsakt kommunistischer Rowdys.

In den Räumen der Nebenstelle des Arbeitsamts Nordost am Süßweg in Pankow hat sich gestern ein empörender Vorfall zugetragen.

Ein Parteigenosse, der in Pankow auch als politischer Vertrauensmann bekannt ist, befand sich am Freitagvormittag auf dem Arbeitsamt. Als er mit einem anderen Besucher des Arbeitsamts einige Worte wechselte, wurde er plötzlich ohne jeden Grund von mehreren kommunistischen Burschen umringt. Die Strockschlugen den Genossen nieder und traktierten den Wehrlosen dann mit Fußtritten. Als dieser erst nach einiger Zeit Hilfe zur Stelle war, hatten die Rowdys bereits das Weite gesucht.

Wie uns Pankower Parteigenossen mitteilen, wird seit langem lebhaft darüber Klage geführt, daß gerade die Nebenstelle des Arbeitsamts in Pankow, das die Kommunisten offenbar als ihre Domäne betrachten, völlig ungenügend gesichert ist. Auch gestern sollte wieder jede Aufsicht. Es ist dringend zu fordern, daß vom Arbeitsamt alle Maßnahmen ergriffen werden, um eine Wiederholung ähnlicher standesloser Vorgänge zu verhindern.

Der neue „BVG-Anzug“.

Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft ist nunmehr in der Lage, für das gesamte Personal eine einheitliche Uniformierung durchzuführen. Dadurch wird die Bewirtschaftung der von der Gesellschaft zu liefernden Bekleidungsstücke wesentlich vereinfacht. Die bisher bei der U-Bahn vorhandenen Uniformen werden also jetzt verschwinden, die Angehörigen der einzelnen Betriebszweige werden durch die Buchstaben A, S, U (also Straßenbahn, Autobus und U-Bahn) gekennzeichnet.

Die gestrige Aufsichtsratsitzung der BVG beschloß die Auflösung der Tochtergesellschaft mit Ausnahme der Nord-Süd-Bahn U. G. und der Helmstätten-Gesellschaft. Die Frage der Direktorengehälter wird in der nächsten Sitzung besprochen werden.

Geschäftsräuber am Werk.

Zu Ausschreitungen halbwüchsiger kam es gestern abend zwischen 19 und 20 Uhr in Charlottenburg. Eine Kolonne junger Burschen drang am Horstweg und am Königsweg in mehrere Bäckereien und Delikatesswarengeschäfte ein. Sie griffen alle erreichbaren Lebensmittel und suchten damit das Weite. In einer Gastwirtschaft in der Schloßstraße 26 wurden die Fenster Scheiben eingeschlagen. Als die Geschäftsinhaberin die Verfolgung der Rowdys aufnehmen wollte, wurde sie von anderen Burschen daran gehindert und durch Beinschlagen zu Fall gebracht. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen.

Unregelmäßigkeiten beim Arztetbund.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind in der Wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Arztetbundes Unregelmäßigkeiten vorgekommen, doch soll eine gerichtliche Verfolgung des Falles nicht beabsichtigt sein.

Verbandstag der Gewerbetreibenden.

Der Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe, Sitz Leipzig, die große Arbeitgeberorganisation, welche auf dem Boden der freien Gewerkschaften und der von diesen anerkannten sozialistischen Arbeitnehmerorganisationen seit einer Reihe von Jahren im Kampf gegen das Großkapital um das Sein oder Nichtsein aller, besonders aber aller Klein- und Mittelgewerbetreibenden zur Verbesserung der sozialen Lage steht, hält am Sonnabend, 25. Oktober, 14 Uhr, und Sonntag, 26. Oktober, 9 Uhr, im Reichswirtschaftsgebäude seinen diesjährigen Verbandstag ab. Am Sonntagvormittag wird Rudolf Wissell die Lage der Handel- und Gewerbetreibenden in einem Referat „Gewerbetreibende und Sozialdemokratie“ behandeln.

Die Kaiserallee künftig ohne Vorgärten.

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu, in der er um Zustimmung zu dem neuen Fluchtlinienplan der Kaiserallee bittet. Dieser Plan sieht eine Verschmälerung und zum Teil eine gänzliche Aufhebung der vorhandenen Vorgärten vor, um eine neue Straßeneinteilung durchführen zu können. Der Verkehr in der Kaiserallee hat in letzter Zeit so außerordentlich an Umfang zugenommen.

Wochenende in der Mark

Ausflüge in die weitere Umgebung

Teiche, die einst Tongruben waren.

Daß eine Kleinstadt wie das Havelländchen Rehn — halbwegs zwischen Potsdam und Brandenburg gelegen — nicht mit einem Schläge zur Metropole des Westens werden kann, ist selbstverständlich, aber seine Entwicklung ist gradlinig vorwärtsgewand, geführt auf drei wertvolle Faktoren: Baumhülle, Anglerkolonie, Zuckerfabrik. Und wenn es jetzt im Begriff steht, die schöne Wasserlage und die interessante Umgebung als neuen Trumpf auszuspielen, so darf man, grade weil die kommunale Leitung die Interessen aller Schichten der Bevölkerung in vorwärtstrebendem Sinne berücksichtigt, wohl die Erwartung aussprechen, nach Vollendung der Havel-Strandpromenade mit Dampferlandungssteg und Sportheim den Ort als ebenbürtig mit den älteren Havel-Ausflugsorten zu sehen.

Für den Natur- speziell Wasserfreund hat Rehn aber schon jetzt eine Anziehung durch die eigenartigen Wasserflächen, die unabhängig von dem eigentlichen Stromgebiet dicht bei dem Ort beginnen und in einer Ausdehnung von 2000 Morgen sich nordwärts bis nach Ehn und Tremmen erstrecken. Es sind dies mit Wasser angefüllten Ausschachtungen, ehemalige Tonwäher, die sich nach Entnahme des für früher vorhandene Ziegeleien bestimmten Tons in Teiche von recht respektablem Ausmaßen verwandelten und — was die Hauptfache war — sich mit Fischen aller Arten bevölkerten. Aus ihrer Entstehung erklärt sich der schmale Trennungstrieb zwischen zwei Teichen: es ist der Dammbau, auf dem vor 30 oder gar 50 Jahren der Ton auf Loren, die ein Pferd zog, fortgeschafft wurde. Heute ist alles, was nicht Wasser ist, von Grün überwuchert — das für solche Bruchlandschaft charakteristische Gebüsch hat Riesendimensionen angenommen — ebenso das am Uferand emporgeschossene Schilf und auch das Gras reckt und streckt sich nach Herzenslust. Vieles — nicht immer — stehen die Teiche miteinander in Verbindung, was bequemes Angeln vom Boot aus erlaubt. Das Wasser der Teiche zeigt nur ganz geringe Bewegung; es ist etwa 12 Meter tief. Im Sommer muß dieses eigenartige Gebiet — in noch höherem Maße als der Brieselang — Renner der Fauna und Flora anziehen; es wäre zu erwägen, ob hier nicht eine Erklärung zum Naturschutz-



Eine der Tongruben im Bruchland.

gebiet angebracht wäre. Der größere Teil soll im Besitz der Baumhülle sein.

Vom Bahnhof der Kleinbahn Rauen-Rehn die Chaussee nach Brandenburg einschlagend, hat man dieses Teichgebiet zur Rechten. Nach etwa 20 Minuten Wanderung gelangt man zum „Brückentopf“, der Brücke über einen Stichkanal von der Havel her. Gleich dahinter beginnt links die Anglerkolonie, durch die Inschrift einer Tafel: Kleingärten der Interessengemeinschaft Rehiner Angler und Siedler“ den Doppelcharakter ihrer Bewohner andeutend. Hier sind Wochenende, Ferien und sonstige freie Stunden der städtischen Arbeit in der Natur dienstbar gemacht, und die schmucken Häuschen, die noch blumenreichen Gärten und die große Schar der Ruder- und Fischerboote sprechen für die Liebe, die Land und Wasser entgegengebracht wird. Die Kolonie ist eine der in der Nähe von Berlin befindlichen Kolonien des Arbeiter-Angler-Bundes Deutschlands. Während in Rehn die Kolonie auf Pachtvertrag mit der Stadt Rehn beruht, hat die Bundesverwaltung in anderen Kolonien die Anglergenossen zu Eigentümern machen können. Die Wege in der Kolonie führen vom Fischfang abgeleitetes Ruten, so Schilfweg, Stipperweg und Betriweg — die nur Interessenten zugängliche Gaststätte heißt „Anglerkause zum Paddendubiker“. Die schmalen, für die modernen Verkehrsmittel der Fortbewegung gesperrten Straßen und das Umgeben- und Durchdringen der Kolonie von Wasser aller Arten mutet ganz — venetianisch an.



Rationalisierte Justiz

2500 Angestellte, 500 000 Prozesse, 1 Million Zahlungsbefehle

Sehtausende suchen Jahr für Jahr das Amtsgericht Berlin-Mitte auf, niemand hat aber wohl eine Vorstellung von dem ungeheuren Apparat, der dazu erforderlich ist, um die Büroarbeit des Amtsgerichts zu bewältigen. 36 000 Briefeingänge täglich, über 40 000 Briefausgänge, 500 000 laufende Prozesse jährlich — ein Fünftel sämtlicher Zivilprozesse Preußens —, eine Million Zahlungsbefehle bei 250 Richtern und 2500 Beamten und Angestellten.

Diese Zahlen aus dem Munde des Amtsgerichtspräsidenten Dransfeld geben einigermaßen eine Vorstellung davon, welcher großer Apparat aufgebaut werden muß. Wie dieser Apparat in den letzten Jahren verbessert, verbilligt, vereinfacht und beschleunigt worden ist, davon konnte man sich bei einer Führung durch die Büroräume des Amtsgerichts überzeugen.

In der Briefannahme

findet zuerst die Grobfortleitung für die fast 300 Abteilungen statt, dann folgt die Feinfortleitung in Kästen, die turnartig aufgebaut sind mit einem Beamten auf einem Dreifuß in der Mitte. Sechs Stunden lang streckt er die Briefschaften und Schriftstücke in die einzelnen Kästen — dann wird er von einem Kollegen abgelöst; bereits drei Stunden nach dem Briefeingang befindet sich das Schriftstück in den Händen des Abteilungsleiters. In der Briefabgangsstelle sorgen Frantotypmaschinen für die Frankierung der Briefe, 8000 Mark Porto werden täglich gebraucht. Eine besondere Einrichtung gestattet in der Verteilungsstelle der Gerichtsvollzieher, auf telephonische Anfrage binnen wenigen Sekunden den für den Bezirk in Betracht kommenden Gerichtsvollzieher zu nennen. Berlin hat 134 Bezirke, 80 bis 100 Anfragen täglich sind zu erledigen.

Im Schnellmahnamt

ermöglichen gewisse Vorrichtungen ein so beschleunigtes Verfahren, daß der Gemahnte bereits am selben Tage bei Gericht seinen Widerspruch erheben kann. Mit 295 Firmen arbeitet dieses Amt zusammen. Die Befolungsabteilung bedient sich der Elliot-Fischer-Maschine. Hier werden die Lichturten für 8000 Personen, Beamte und Angestellte von Moabit und für das Amtsgericht, für Ruhe-

empfinger usw. vorbereitet und gleichzeitig auch die Lohnlisten hergestellt. In der Kostenregistrierungsstelle sorgen besondere Maschinen für die schnelle Ausstellung der Kostenrechnungen, 1200 bis 1300 an der Zahl werden innerhalb 24 Stunden den Schuldnern zugestellt. In der Grundbuchabteilung hat man das System der losen Karten eingeführt. Die Eintragungen in das Grundbuch werden gleichfalls mit der Elliot-Fischer-Maschine bewerkstelligt. Gleichzeitig wird eine Grundbuchabteilung für die Gerichtsakten hergestellt und, um den Interessenten eine Einsicht in die Grundbücher zu ermöglichen, auch eine Karte mit sämtlichen Eintragungen in einer besonderen Kartothek aufbewahrt, die alphabetisch geordnet, gar keine Schwierigkeiten macht. Man braucht nicht mehr wie früher jedesmal die umständlichen Grundbücher aufzuschlagen. Das Interessanteste ist aber

die Schuldenabteilung.

Hier gab es früher 80 Bände, in denen die Schuldnernamen eingetragen waren. Jetzt hat jeder der Schuldner, das heißt der Deute, die Offenbarungseide geleistet oder Konkurs angemeldet haben oder über die die Schuldnerhaft verhängt worden ist, eine besondere Karte, die mit anderen alphabetisch geordnet in besonderen Kästen untergebracht ist. Da aber jeder zu diesen Kästen Zutritt haben muß, damit er feststellen kann, ob der Betreffende, mit dem er in geschäftliche Verbindungen treten will oder sonst etwas zu tun hat, im Schuldnerverzeichnis aufgeführt ist, war man gezwungen, es so einzurichten, daß die Karten aus den Kästen nicht entnommen werden können. Sie befinden sich daher unter Glas und können durch einen besonderen Schieber bewegt werden. Alle fünf Jahre werden die abgelauenen Karten entfernt. Ebenso leicht kann die Eintragung neuer Schuldner erfolgen. Im ganzen sind es 400 000 solcher Karten. Jahr für Jahr gibt es einen Zugang von 50 000. Etwa 175 Firmen, in der hauptsache Kustantisten, sind Abonnenten der Schuldnerlisten. Sie haben sie streng vertraulich zu behandeln.

Nach Tote bei einer Explosion in einer chemisch-physikalischen Munitionsfabrik. In der Pechburger Fabrik der Firma Roth entzündete Montag nachmittag eine Patrone die Pulvermischungen für militärische Leuchtkarten. Bisher wurden acht Tote, zwei Schwere- und 13 Leichtverletzte festgestellt.

25 Jahre Relativitätstheorie

Vor 25 Jahren erschien in den Annalen der Physik die erste Arbeit Einsteins unter dem Titel „Zur Elektrodynamik bewegter Körper“, von der die Entwicklung der Relativitätstheorie, die weit über die Fachkreise hinaus auf unsere Anschauungen umwälzend gewirkt hat, ihren Ausgang genommen hat, und das mag Anlass sein zu überlegen, was denn diese Lehre, die so viel Aufsehen erregt hat und immer noch erregt, eigentlich will, und wie Einstein zu ihr gekommen ist.

Wichtige physikalische Erkenntnisse sind noch niemals dem Kopf eines einzelnen entsprungen, geht man der Geschichte einer Erfindung oder einer wissenschaftlichen Entdeckung und neuen Erkenntnis nach, so findet man stets, daß sehr lange Arbeit vieler vorausgegangen und daß es mehr oder minder zufällig ist, mit welchem Namen der Schlüsselstein verbunden wird. Das verhält sich mit der Relativitätstheorie nicht anders als z. B. mit dem allgemeinen Anziehungsgefes der Massen und mit dem Gesetz von der Erhaltung der Energie. Bei letzterem war es das Wüßlingen der Jahrhundertlang fortgesetzten Bemühungen um die Konstruktion eines Perpetuum mobile, das ist einer Maschine oder Vorrichtung, um dauernd Arbeit zu leisten, ohne daß doch ein gleicher Betrag von Energie aufgewendet wird, was schließlich zu der Frage führte, ob dieses Bemühen nicht überhaupt unmöglich sein muß, und mit dieser Fragestellung war dann das die ganze Physik beherrschende Energieprinzip aufgefunden. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Relativitätsprinzip. Zur Erklärung der Lichterscheinungen hatte man die merkwürdige Vorstellung eines Äthers ausgebildet, der den ganzen Weltraum erfüllt und alle Körper durchdringt, selbst ohne Masse, also gewichtslos sein soll, so daß die Weltkörper sich durch ihn hindurch bewegen, ohne irgendeinen Widerstand zu erleiden. Erschütterungen in ihm, die von leuchtenden und nach der später erkannten engen Beziehung zwischen Licht und Elektrizität — von elektrischen Körpern ausgehen, breiten sich mit ungeheurer Geschwindigkeit aus, die zu 300 000 Kilometer in der Sekunde gefunden wurde.

Die Erfolge, die mit dieser Welttheorie des Lichtes erzielt wurden, ließen über die Schwierigkeiten der ganzen Aethervorstellung hinwegsehen.

Eine Folgerung aus dieser Vorstellung mußte sein, daß die Lichtgeschwindigkeit abhängig wäre von dem Bewegungszustand der Erde, wie ja die Schallgeschwindigkeit von dem Bewegungszustand eines in ruhender Luft bewegten Fahrzeuges abhängt, wie aus der Messung der Schallgeschwindigkeit die Inossen eines solchen Fahrzeuges ihre Bewegung gegen die ruhende Luft, die sie sonst nicht wahrnehmen, zu ermitteln vermöchten, so mußte aus der Messung der Lichtgeschwindigkeit auch die Bewegung der Erde gegen den Äther, die ja bei ihrem Jahresumlauf um die Sonne und ihrer täglichen Drehung ihre Richtung ständig ändert, erkannt werden können, und außerordentlich zahlreich waren die Versuche, den Einfluß der Erdbewegung auf die Lichtgeschwindigkeit festzustellen. Wären diese Versuche geglückt, so hätte man damit die Bewegung der Erde gegen den ruhenden Äther, also ihre absolute Bewegung im Weltensraum, festgestellt und gemessen — gewiß ein wertvolles physikalisches Ergebnis, das immer von neuem zu Versuchen anreize. Aber stets blieben sie ohne Erfolg, die Geschwindigkeit des Lichtes wie überhaupt die der Wellenausbreitung im Äther erwies sich als eine Konstante (immer gleiche) Größe, in welcher Richtung und bei welcher Bewegung der Erde sie auch gemessen wurde. auch die berühmten Versuche des Amerikaners Michelson in dieser Richtung blieben ohne Erfolg, trotzdem die Anlage der Versuche so sorgsam war, daß der Effekt sich hätte verraten müssen, wenn er auch nur $1/1000$ des theoretisch berechneten Wertes betragen hätte. So sahen die Physiker sich schließlich genötigt, die Konstanz der Lichtgeschwindigkeit als eine Tatsache hinzunehmen.

Es liegt auf der Hand, daß nunmehr Versuche einsehien, dieses fonderbare Verhalten der Ausbreitung der Ätherwellen zu erklären, das heißt dem Verständnis nahe zu bringen, und nicht gering ist die Zahl der Physiker, welche sich um die Jahrhundertwende mit dieser quälenden Frage anhaltend beschäftigten. Eine überaus geistvolle Erklärung, an der auch heute noch von einigen Forschern festgehalten wird, welche die Einsteinsche Lehre ihrer merkwürdigen Folgerungen wegen ablehnen zu müssen glauben, gab der Schöpfer der Elektronentheorie, der berühmte holländische Physiker Hendrik Antoon Lorentz; er meinte, jeder bewegte Körper erleide eine Verkürzung in der Bewegungsrichtung, die um so größer ausfalle, je größer die Geschwindigkeit der Bewegung sei; dieser Verkürzung könne von uns niemals wahrgenommen werden, weil ja die Instrumente zur Messung von Längen sich mitbewegen, also ebenfalls sich entsprechend verkürzen, und der Betrag dieser Verkürzung müsse so angenommen werden, daß hierdurch die tatsächlich bestehenden Unterschiede der Lichtgeschwindigkeit für unsere Instrumente ausgeglichen würden. Ja, ein Potsdamer Astronom, Leo Comberoffier, hat vor einigen Jahren gelaubt, bei der Erde, bei der infolge der täglichen Umdrehung stets andere und andere Durchmesser in die Bewegungsrichtung fallen, diese abwechselnde Verkürzung und Wiederausdehnung der Durchmesser nachweisen zu können; doch haben die Schlussfolgerungen aus seinen Versuchen keine allgemeinere Anerkennung finden können.

Die zwar geistvolle aber doch recht gefälschte Annahme einer Längenverkürzung bei der Bewegung, die sich prinzipiell durch keinerlei Messungen nachweisen lasse, war doch so unbefriedigend, daß die Physiker nach anderen Deutungen der Tatsache der sich immer gleichbleibenden Lichtgeschwindigkeit suchten.

Wie nun die Annahme, daß die Konstruktion eines Perpetuum mobile prinzipiell unmöglich sei, das Energiegesetz enthält, so kam Einstein auf die Vermutung, alle Versuche, den Einfluß der Erdbewegung auf die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Ätherwellen festzustellen, seien nur deshalb schlagelagen, weil ein solcher Einfluß gar nicht vorhanden sei, weil die Lichtgeschwindigkeit in der Tat eine von der Bewegung der Erde und überhaupt von jeder Bewegung vollständig unabhängige konstante Größe sei. Eine ganz überraschende, aber im Grunde doch auch recht einfache Lösung des in Frage stehenden Problems, das die Physiker so lebhaft beschäftigte. Sie enthält das Relativitätsprinzip, welches ausagt, daß die Erkenntnis einer absoluten Bewegung, einer Bewegung ohne Bezugnahme auf irgendeinen als ruhend anzusehenden Körper prinzipiell unmöglich sei und daß daher alle darauf gerichteten Versuche schlagelagen müssen.

Erkennt man dieses Prinzip oder diesen Grundsatz einmal an, so ist man auch zur Anerkennung aller sich aus ihm ergebenden logischen und mathematischen Folgerungen gezwungen, so selbstman sie auch auf den ersten Anblick anmuten. Dabin gehört zunächst die Relativität von Raum und Zeit, das heißt, daß weder räumliche noch zeitliche Ausdehnungen, also weder die Länge eines Stabes noch die am Gange einer Uhr gemessene Dauer eines Vorganges absolute Größen sind, sondern daß ihre Größe von dem Bewegungszustand des jeweiligen Beobachters abhängt.

In dem seit ihrer ersten Aufstellung verstrichenen Vierteljahr-

hundert sind die Folgerungen natürlich sehr ausgebaut worden und haben sich in verschiedener Richtung als sehr fruchtbar erwiesen. Zu ihrem Verständnis gehört freilich eine nicht geringe mathematische Durchbildung, weshalb hier nur einiges wenige angedeutet werden kann.

Die Vorstellung eines Raumes, in welchem gleichsam eingebettet die physikalischen Ereignisse an den Körpern vor sich gehen, ist unhaltbar, sondern die Eigenschaften des Raumes werden durch die in ihm enthaltenen Massen bestimmt, deren Einfluß auf die räumlichen Eigenschaften um so größer ist, je größer sie selbst sind. Man ahnt hier einen Zusammenhang zwischen der Lehre von der Schwere und der Relativitätstheorie. Nach der herkömmlichen Lehre von der Schwere wirkt die allgemeine Massenanziehung ganz unvermittelt, so daß die Gestirne, welche Millionen von Lichtjahren voneinander entfernt sind, keiner Zeitdauer zu ihrer gegenseitigen unvermittelten Einwirkung bedürfen. Diese Anschauung hat den Physikern schon immer große Schwierigkeiten bereitet. Aus der Einsteinschen Lehre ergibt sich eine ganz neue Anschauung auch von der Wirkung der

Walter Dehmel:

Nach der Besuchszeit

Wir Kranken wissen ganz genau, daß gleich die Tür aufgehen und die Stationschwester das Ende der Besuchsstunde anfragen wird. Und dennoch schrecken wir jedesmal zusammen, wenn es wirklich so weit ist. Im Rahmen der geöffneten Tür steht die weiß gekleidete Gestalt der Schwester, und mit unbewegtem Gesicht sagt sie in den Raum hinein: „Die Besuchszeit ist zu Ende!“ Sie sagt es nicht unfreundlich, auch nicht besonders laut, sie sagt es sachlich und entschieden, so wie alles in diesem Hause gesagt wird. Wir Kranke in unseren Betten drehen uns mit einem Gesicht zur Tür, als wollten wir sagen: „Ach, bitte, Schwester, nur noch ein paar Minuten, die Stunde ist so kurz!“ Mitunter sagt es auch einer von uns wirklich; es hat so wenig Erfolg wie unser bittelndes Gesicht. Die Besucher erheben sich von ihren Stühlen, Bänken, leeren Bahnen, auf denen sie gesessen, sie sind ein wenig eilfertig, und wir haben das Gefühl, als ob sie froh wären, das schon störende Gespräch zu beenden. Sie machen sich noch einen Augenblick ziellos an unserem Nachtschisch oder an den Blumen zu schaffen, wir fühlen deutlicher, daß es eine Erleichterung für sie ist, nun gehen zu können, diesen Raum mit dem undefinierbaren Geruch, der an Karbol erinnert, hinter sich lassen zu können. Eintisch vor Verlegenheit sind die Abschiedsgrüßen, tanz die Worte, eine tiefengroße Entfremdung steht zwischen ihnen und uns auf. Ehe wir noch recht wollen, was in uns vorgeht, sind sie grüßend durch die geöffnete Tür unseren Blicken entschwunden, vom Flur her hören wir das Geräusch sich entfernender Schritte, und bevor die Tür ins Schloß fällt, vernehmen wir vom Nebenzimmer her die Schwester im gleichen Tone wie vorher sagen: „Die Besuchszeit ist —“ Die Tür schneidet das letzte weg.

— — — zu Ende!“ vervollständigen wir den Satz für uns. Wir liegen hilflos da in unseren Betten, sechs frange Männer, die man in ein Zimmer gesperrt hat. Etwas unendlich Wehes steigt in uns hoch, wir liegen da wie ohne Haut.

Diese ersten Minuten nach dem Weggang der Besucher machen uns schwach und mühs. Jedesmal nimmt man sich in diesen Minuten vor: Wie wieder Besuch empfangen! Schrof allen Angehörigen und Bekannten sagen: „Bleibt wo ihr seid, ihr Gesunden und Robusten, ihr könnt uns doch nicht helfen! Ihr macht es uns nur schlimmer, dies Zuschalten hier, und wenn ihr hinausgeht, seid ihr Fremde, die wir beneiden um dieses Befundsein, die wir hassen wegen ihres Weggangs!“

In diesen Minuten möchte man ganz allein in einem dunklen Zimmer liegen und ganz für sich irgendeinen unsinnigen Satz ins Dunkle hinein sagen, einen bisdfinnig-sinnlosen, immer denselben. — Einen, den man vielleicht vorher selbst gesagt hat, etwa so: „Wir haben es ja hier ganz gut!“ oder: „Kranksein ist auch ganz schön!“ Irgend so einen Quatsch, wie man ihn in dieser Besuchsstunde spricht.

Wir könnten ja die Augen schließen und uns einbilden, wie sie sein allein. Aber das geht nicht. Wir fühlen es auch mit geschlossenen Augen, daß da fünf andere mit uns in einem Zimmer liegen. Und jeder ist für sich. Das ist das Erschütternde dieser Minuten, daß wir in ihnen so mit aller Deutlichkeit empfinden: Jeder Mensch hat Stunden, in denen er allein sein will, allein sein muß! — Wir liegen seit Wochen, seit Monaten zwangsläufig zusammengeschnürt, Tag und Nacht, in einem Zimmer. Und wir wissen nicht, wie es dem einzelnen lieb ist. Wir wissen, daß wir nachts zuweilen laut im Schlafe sprechen und dabei aus uns herauslassen, was wir nicht am Tage sagen wollen.

Wenn wir einmal am Tage aufstehen dürften, eine Stunde aus diesem Zimmer hinausgehen, in den Garten hinunter könnten, es wäre in dieser Stunde nicht so schlimm. Wir könnten dieser seelischen Zerknitterung ausweichen, wir würden die Blicke lösen können aus diesem weichen Biered des Zimmers, in dem die weißen Betten so genau in Reihe gestellt sind wie die Zahnpfahnen auf der Waschtollette. Aber wir Dauerkranken liegen fest im Bett, monatelang nebeneinander, und wir haben keine andere Möglichkeit, uns von solcher seelischen Belastung zu befreien, als uns gegenseitig mit verlegenden Worten zu erregen.

Wir wissen nicht warum, aber in diesen Minuten nach der Besuchsstunde zanken wir uns heftiger als je, und es würde zu offenem Streit kommen, wenn nicht endlich die Schwester den Nachmittagskaffe bringen, der Wärter mit ablenkenden Worten durchs Zimmer gehen würde. Langsam erst werden wir wieder freundlicher gegeneinander, fühlen uns allmählich wieder als Leidensgenossen. Und im Grunde unseres Herzens warten wir schon wieder ungeduldig auf den nächsten Besuchstag.

Anatole France: Die Trublions Ein politisches Märchen über unsere Wahlieger

Um jene Zeit kamen Leute in die Stadt, die ein großes Geschrei erhoben und die man Trublions nannte, weil sie einem Hauptmann dienten, der Trublion hieß. Dieser war von geringem Wissen und großer Unerfahrenheit der Jugend. Sie hatten aber noch einen anderen Hauptmann, der hieß Intinnabusus. Und wenn dieser sie bergauf zog, zog der andere sie bergab. Aber sie machten sich deswegen keine Sorge; denn sie waren so närrische Leute, daß sie nicht wußten, wo sie hingingen. Unter diesen großen Hauptlingen aber führten bei ihnen das Kommando eine Menge Volksaufwiegler und Heher, welche sagten, man müsse alle Fremden töttschlagen oder aufreffen.

Schwere, die in Zusammenhang mit elektrischen Wirklungen beobachtet wird. Einen Raum, in welchem Kräfte wirksam sind, nennt man ein Feld, und so spricht man in der Nähe eines schweren Körpers, wo sich kein Einfluß geltend macht, von einem Schwerefeld, in der Nähe eines elektrischen Körpers, wo elektrische und magnetische Kräfte wirksam sind, von einem elektro-magnetischen Feld. Die Bemühungen Einsteins in den letzten Jahren sind darauf gerichtet, die Erscheinungen in solchen Feldern unter einheitlichem Gesichtspunkt zu begreifen, eine „einheitliche Feldtheorie“ aufzustellen. Ihr weiterer Ausbau muß zu einer einheitlichen und daher sehr vereinfachten physikalischen Weltanschauung führen. Freilich leidet sie vorläufig an dem Mangel der Unanschaulichkeit. Das ist aber meist das Schicksal neuer Erkenntnisse. Die Behauptung, daß die Erde sich dreht, daß also die vertikale Richtung im Raume nicht absolut sei, sondern beständig ihre Richtung ändert, war bei ihrer Aufstellung vor 400 Jahren sicherlich auch ganz unanschaulich; heute würde, wie Plank einmal sagte, jeder ausgelacht werden, der die mangelnde Anschaulichkeit als Einwand gegen den relativen Charakter aller räumlichen Richtungen geltend machen wollte. Er fügte hinzu: „Ich bin nicht sicher, ob nicht in oberhalb 400 Jahren das nämliche jemand passieren würde, der den relativen Charakter der Zeit bezweifeln wollte.“ So wird ganz im Sinne Punks der weitere Weg der Relativitätstheorie „unabhängig vordwärts führen, unbekümmert um die Art der Resultate, einzig dem Lichte der Wahrheit entgegen.“

So hatten die Trublions verschiedene Häuptlinge, die untereinander uneins waren. Sie waren eine sehr hochwichtige Sippschaft. Sie sahen auf den Dächern und bewarfen die guten Bürger, die vorbeigingen, mit Schmutz und spuckten auf sie. Dabei schrien sie immerfort wie toll.

Ihr oberster Häuptmann war ungeschickt im Kriege, aber der größte Feind der Gerechtigkeit und der Gesege. Aus diesem Hauptmann machten sie sich einen Götzen und ließen immerfort durch die Stadt und riefen: „Lang lebe unser großer Hauptmann!“ Und die kleinen Schulbusen liefen hinter ihnen her und riefen dasselbe. Sie hielten nun eine unzählige Menge von Versammlungen und Zusammentreffen ab und ließen darin ihren großen Hauptmann hoch leben mit einer solchen Gewalt der Stimme, daß die Luft erbeite und die Vögel betäubt zur Erde fielen. Sie gebärdeten sich gerade so wie Kalende.

Die Trublions glaubten aber, man könne nur dadurch dem Vaterlande dienen und einen Eichenkranz erwerben, wenn man ein mühtendes Geschrei erhöhe und unsinnige Reden führe. Die Bauern aber, die Winger und die Hirten, die Bauleute, die Weber und die Schloffer, die Bergleute und die Gelehrten, alle seien für das Land nichts nütze, sondern nur sie, die Trublions, dienten dem Vaterlande auf die richtige Weise, indem sie immerfort schrien wie die Esel, die auf dem Jahrmart zum Verkauf stehen. Aber dies wollten wir ihnen nicht übernehmen, denn sie wußten es nicht besser und hatten in ihrem Schädel nur Dunst.

Und sie schrien nicht nur: Lang lebe unser großer Hauptmann, sondern sie schrien auch immerfort, daß nur sie allein das Vaterland liebten. Darin taten sie den anderen Bürgern großes Unrecht, indem sie jedermann zu verstehen gaben, daß diejenigen, welche nicht so laut schrien, ihr Vaterland und ihre Heimat nicht liebten. Das ist aber eine offensbare Lüge und eine unerträgliche Beleidigung, denn die Menschen saugen schon mit der Muttermilch die Liebe zu ihrem Vaterlande ein und es ist für alle jäh, die Lust der Heimat zu atmen. Es waren auch zu jenen Zeiten in Stadt und Land viele kluge und weise Leute, die mit viel stärkerer und reinerer Liebe ihr Vaterland liebten als die Trublions; denn diese weisen Leute wollten, daß das Vaterland blühend sei und unter dem Schutz der Grazien, voll von allen Tugenden in Gerechtigkeit, sachend, friedlich und frei und gar nicht so, wie die Trublions wünschten. Diese nämlich wünschten es nur mit einem großen Knüttel in der Hand, um damit alle guten Bürger zu verprügeln; denn in der Tat wollten die Trublions das Vaterland einer Horde von Lumpen, Totschlägern und Bauernfängern unterwürdig machen, und sie bestroben sich, es ganz roh und ungeschliffen zu machen; denn sie hatten eine große Abneigung gegen alle Nachdenklichkeit und Philosophie, gegen alles, was nach Besonnenheit und Bernunft ausseh, und kannten nur die Gewalt. Diese schätzten sie namentlich dann, wenn sie ganz brutal war. Auf diese Weise liebten die Trublions das Vaterland.

Es nährten die Trublions großen Haß gegen alle fremden Nationen und bei dem bloßen Namen solcher Nationen oder Völker traten ihnen die Augen aus dem Kopfe auf ganz erschreckliche Weise wie bei den Seetreiben und sie waren ihre Arme wie Windmühlensflügel und es war unter ihnen kein Umschreiber oder Fleischerlehrling, der nicht bereit war, einen König oder eine Königin oder den Kaiser eines großen Landes zum Kampf herauszufordern. Und der geringste Schneider oder Schankwirt stellte sich so an, als ob er jeden Augenblick bereit wäre, in den Krieg zu ziehen. Aber schließlich blieben sie doch zu Hause.

Und wenn es wahr ist, daß zu allen Zeiten die Narren viel zahlreicher sind als die Weisen und immer dahin laufen, wo der größte Ärger gemacht wird, so hielten die Leute von geringem Wissen und Verstande (von diesen findet man viel unter den Armen sowohl wie unter den Reichen) den Trublions Gefolgschaft und lärmten mit ihnen und es war ein fürchterliches Getöse in der Stadt. Währenddessen sah die weise Jungfrau Minerva in ihrem Tempel und verstopfte ihre Ohren mit Wachs von den Bienen des Hymettos und gab dadurch ihren treuen Anhängern, den Gelehrten, Philosophen und guten Gesegebern zu verstehen, daß es verlorene Mühe sein würde, in einen gelehrten Disput und Geisteskampf mit den schreienden Trublions einzutreten. Und viele im Lande und nicht die geringsten erschrocken über dies Unwesen und glaubten, daß die Narren auf dem Punkte standen, das ganze Staatswesen über den Haufen zu werfen und auf den Kopf zu stellen, was ein jämmerliches Abenteuer gewesen sein würde. Aber eines Tages ereignete es sich, daß die Trublions zerpfaltten, weil sie sich zu sehr aufgebläht hatten.

Künstliches Licht ist nichts für Tiere mit Winterschlaf. Die Verwaltung des Londoner Zoologischen Gartens, die als erste den Versuch unternommen hat, durch ultraviolette Strahlen das Leben gewisser Tiergruppen zu verlängern, veröffentlicht jetzt einen Bericht, wonach dieser Versuch von einem Misserfolg begleitet gewesen ist. Bei Tieren, deren Winterschlaf künstlich unterbrochen worden sei, hätten sich erhebliche Störungen bemerkbar gemacht, wodurch die Haltung des Londoner Zoos sich entschlossen habe, künftighin von Bestrebungen mit künstlichem Licht abzusehen.

Eine automatische Filmkamera wurde in Japan erfunden, die es ermöglicht, in einer einzigen Minute 20 000 Aufnahmen zu machen. Man kann also mit Hilfe dieses Apparates mühelos den Flug einer Granate vom Abfliegen aus dem Geschütz bis zum Kriechen aufnehmen.

Beantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Hirsch; Gemeindefortschritt: Dr. Schöner; Revolution: Dr. John Schilling; Lokales: und Sonstiges: Frau Harshadt; Anzeigen: H. Stöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Betriebsmittel Paul Singer u. Co., Berlin S. O., Invalidenstr. 2.

Worauf die Metallindustriellen hoffen.

Aber die geschlossene Front der Arbeiterschaft ist unerschütterlich.

Die Verhandlungen in dem Lohnkampf in der Berliner Metallindustrie werden am Montag wieder aufgenommen. Voraussichtlich sieht es nicht so aus, als ob diese Verhandlungen irgendwelche Aussicht böten, zu einer Einigung zu führen. Die Unternehmer halten immer noch am Lohnabbau fest. Es genügt ihnen nicht, daß sie seit mehr als einem Jahre die Aktordlöhne abgebaut haben. Die Löhne sollen noch mehr heruntersinken. Durch die fortgeschrittenen sinkenden Materialpreise müssen sie wohl oder übel mit den Preisen herunter. Diesen

Preisabbau, der sie nichts kostet,

bei dem sie wahrscheinlich noch verdienen, wollen sie sich von ihren Arbeitern und Arbeiterinnen bezahlen lassen. Die Senkung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt führt notwendig zu einer Preislenkung auch der Fertigfabrikate. Unter Ausnutzung der großen Arbeitslosigkeit, die hauptsächlich durch die falsche Rationalisierung der Unternehmer herbeigeführt worden ist, will das deutsche Unternehmertum jetzt unter dem Schlagwort der Verküpfung von Lohn- und Preisabbau

Die bereits gedrückten Löhne der Arbeiter noch mehr drücken.

Die Berliner Metallindustriellen hatten zunächst gehofft, daß der Streikparade nur ein Teil der Organisierten folgen würde. Sie hatten gehofft, daß die Unorganisierten und die Arbeiter, die anderen Organisationen als den freien Gewerkschaften angehören, sich unter ihr Lobhudelein beugen und zum schimpflichen Streikbruch hergeben würden. Diese Hoffnung der Unternehmer ist an der

vorbildlichen Solidarität der gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen

der Berliner Metallindustrie gescheitert. Ob organisiert oder nicht, die Metallarbeiterschaft Berlins ist sich der Folgen ihrer Handlung bewußt und hat es abgelehnt, sich der Willkür der Metallindustriellen auszuliefern.

Die Unternehmer haben auch gehofft, daß es der AFD, gelingen würde, die Führung in diesem Kampfe an sich zu reißen. Das hätte die schwersten Konflikte innerhalb der Arbeiterschaft zur Folge gehabt und der Streit wäre in kurzer Zeit zusammengebrochen.

Auch diese Hoffnung der Unternehmer hat sich nicht erfüllt. Aber im Verband Berliner Metallindustrieller Kammer man sich auch heute noch an diese Hoffnungen. Man erwartet, daß mit der Fortdauer des Streiks einerseits die Unorganisierten wieder zu Kreuz kriechen würden, andererseits die Kommunisten Oberwasser bekommen würden. Wir haben bei den Streikleitungen der verschiedenen Berliner Betriebe, die hier besonders in Betracht kommen, Umfrage gehalten. Wir haben mit Beirückung feststellen können, daß überall die Arbeiterschaft, in welche Richtungen sie vor dem Streit auch verfallen mochten,

eine geschlossene Mauer

bildet, in der es keine Bresche gibt. Wenn es in den ersten Tagen der sogenannten RBD, nie und da gelungen ist, die Arbeiterschaft zu blaffen, so ist ihr Einfluß von Tag zu Tag zurückgegangen und heute vollständig bedeutungslos. Der verlässliche Wille der Unternehmer, die Löhne ihrer Arbeiter noch weiter zu beschneiden, wird an der eisernen Front der Arbeiter zerschellen. Wenn die Unternehmer erwarten, daß sie am Montag, beim Zusammenritt der Verhandlungskommission den Arbeitervertretern mit der Nachricht der Abbrückung der Streikfront entgegenzutreten werden können und daß es ihnen dann gelingen wird,

doch noch einen Abbau der Tariflöhne

durchzuführen, so sind wir überzeugt, daß die Unternehmer sich damit verpekulieren. Die feste Front der Arbeiterschaft wird im Gegenteil die Stellung der Gewerkschaftsvertreter in der Verhandlungskommission stärken.

Es ist zweifellos, daß die Unternehmer jetzt alle Minen springen lassen werden, um bis zum Montag eine veränderte Situation zu schaffen. Das wird die Arbeiterschaft nur empören, wachsam zu sein und sich gegen alle falschen Parolen verhalten. Die Berliner Metallarbeiterschaft weiß, daß sie ihr Schicksal in der Hand hat. Sie wird es den Unternehmern nicht ausliefern.

Die RBD. biedert sich an.

Sie wird aber nirgends empfangen.

Die sogenannte „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ hat zunächst beim Reichstanzler antihambriert, in der Hoffnung, Herr Brüning werde gnädigst die Abgesandten der RBD, empfangen und mit ihnen über die „Abwägung des Berliner Metallarbeiterstreiks“ verhandeln. Herr Brüning ist informiert und kennt die absolute Bedeutungslosigkeit der RBD. Er hat diese Heberrevolutionären nicht empfangen.

Darob große Trauer im revolutionären Lager und die Verbreitung der Behauptung, die Gewerkschaftsvertreter seien bei Brüning gewesen und hätten mit ihm ein „Geheimabkommen“ getroffen. Die kommunistische Presse lehnte diese „Sensation“ ihren gläubigen Lesern vor.

Man versucht die RBD, beim Verband Berliner Metallindustriellen in Gnade zu kommen. Sie hat eine Delegation zu den Unternehmern geschickt, mit der Bitte, diese Delegation doch empfangen zu wollen.

Auch hier ist die RBD, abgeblüht. Die Unternehmer haben andere Sorgen im Kopf, als sich mit den Abgesandten der RBD, zu unterhalten. Worauf natürlich in den nächsten Tagen eine neue Sensationsmeldung der kommunistischen Presse zu erwarten ist, daß die Gewerkschaften mit den Unternehmern ein „Geheimabkommen“ getroffen haben.

Kommunistische „Aufklärung“.

Die Versuche der RBD, die streikenden Metallarbeiter gegen ihre Gewerkschaft mobil zu machen, sind bisher sämtlich gescheitert. Wir konnten es uns deshalb auch versagen, den Schimpereien und Schwindelansprüchen der kommunistischen Presse entgegenzutreten.

Mit welcher trostlosen Unwissenheit die kommunistische Presse über den Streit berichtet, dafür ausnahmsweise ein Beispiel aus

der „Welt am Abend“. Sie erzählt ihren Lesern, daß die Berliner Metallindustriellen darauf beharren, die Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche zu verkürzen!

Leider denken die Unternehmer gar nicht daran, den dahingehenden Vorschlag der Gewerkschaften anzunehmen. Bisher haben sie es jedenfalls hartnäckig abgelehnt, eine derartige allgemeine Arbeitsstreckung vorzunehmen.

Was man den russischen Arbeiter erzählt.

Der „Trud“ vom 18. Oktober schreibt über den Metallarbeiterstreik:

„Die Reformisten versuchen mit allen Mitteln den Beginn des Streiks hinauszuzögern, um dem Arbeitsminister die Möglichkeit zu geben, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Aber das gelang ihnen nicht. Die Metallarbeiter sprachen sich für sofortigen Streik aus. Sie wandten sich von den Reformisten ab und erkannten als Führer des Streiks die rote Gewerkschaftsopposition an, indem sie mit den Parolen der Kommunistischen Partei in den Kampf zogen.“

Seit, auf dem Höhepunkt des Streiks, beschloß die Bourgeoisie, zum offenen weißen Terror überzugehen. Die erste Arbeiterdemonstration, an der Zehntausende von Metallarbeitern teilnahmen, wurde von der Polizei auseinandergeschossen. In den Straßen Berlins ist erneut Arbeiterblut geflossen. Daran sind nicht nur die durch das Gespenst der Revolution eingeschüchtern Industriellen

und ihre Angestellten in der Regierung Brüning schuld, sondern auch die Sozialfaschisten.“
Belogen wie gedruckt.

Achtung, Siemensarbeiter!

Heute sind die Ausschüsse und Verhandsbücher des DMB, aus den einzelnen Streiklokalen abzuholen.

BVA-Mitglieder! Heute 8 Uhr vormittags Sitzung im Lokal von Lange.

Siemens-Schaltwerk. Versammlung der freigewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen um 9 Uhr vormittags bei Köwes, Ronnenbammallee, Ecke Rohrdamm.

Dynamowerk. Betriebsversammlung um 10 Uhr vormittags bei Weidner, Steinfeld. Betriebsausweis legitimiert.

Achtung, Knorrbremse! Heute 14 Uhr bei Schanert, Arnstädterstraße, Betriebsversammlung. Die Streikleitung.

Achtung! UCB, C. und J., Hennigsdorf und Stahlwerk Hennigsdorf! Alle Kollegen müssen sich heute in ihrem zuständigen Lokal einfinden. Betrifft Zahlung der Streikgelder. Die Streikleitung.

Ausländischer Millionenauftrag für den Maschinenbau. Die Halleische Maschinenfabrik, die speziell Maschinen und Betriebseinrichtungen für die Zuckerindustrie herstellt, hat gegen schärfste ausländische Konkurrenz den Bau und die Einrichtung einer spanischen Zuckerfabrik in Luitrog erhalten. Der Wert dieses Auftrages beläuft sich auf mehrere Millionen. Beabsichtigte Stilllegungen bei diesem Unternehmen kommen dadurch in Fortfall.

Selbstkostensenkung im BVMZ.

Wachsende Mehrleistungen / Rekordtiefstand am Kupfermarkt.

Von der Verwaltung der Deutsche Kabelwerke A.G. in Berlin-Ostern wird jetzt ein Bericht über die Entwicklung in den ersten neun Monaten dieses Jahres veröffentlicht, der für die tatsächlichen Verhältnisse in der Berliner Metallindustrie wahre Bände spricht.

Die Mitteilungen der Direktion, die offenbar als Beruhigungsspiel für die um ihre künftige Dividende besorgten Aktionäre gedacht ist, besagen, daß von Januar bis September dieses Jahres der Umsatz des Konzerns merrückmäßig noch höher war als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Der Wert der Umsätze ist um 10 Proz. gestiegen, was angesichts der Preisentsetzungen, die gegenüber dem enormen Preissturz der Rohmaterialien noch verhältnismäßig beschneiden sind, auch nur natürlich ist.

Von den Rationalisierungsgewinnen des Unternehmens bekommt man eine ungefähre Vorstellung, wenn dem Verwaltungsbericht zu entnehmen ist, daß

der erhöhte Umsatz von einer um 10 Proz. verringerten Belegschaft herausgewirtschaftet

wurde. Die Deutsche Kabelwerke A.G. hat im Vorjahre ihre Gewinne gegenüber 1928 mit rund 1 Million Mark verdreifachen können und hat bei erheblichen Rückschlägen eine Dividende von 6 Proz. bezahlt. Das Unternehmen wird bei dieser Entwicklung und besonders bei den kostensenkenden Einflüssen infolge der Mehrleistungen der Belegschaft und der aus einem Rekordtiefstand stehenden Kupferpreise die gleich hohen Gewinne auch für das Krisenjahr 1930 ausschütten können. Trotz seiner erhöhten Leistungen und trotz der bis ins Maßlose gesteigerten Anreizerei soll der Berliner Metallarbeiter aber auch noch einen Teil seines Lohnes in den Wind schreiben.

Tiefe Kupferpreise senken die Selbstkosten.

Die Preisrevolution auf dem Weltkupfermarkt, die seit dem Frühjahr 1929 anhält, steht noch nicht vor ihrem Abschluß. So bröckelten auf dem Londoner Kupfermarkt schon in den letzten Tagen die Preise ab, und gestern stand die Kupferbörse unter ganz besonderem Druck. Der neue Preisdruck erklärt sich daraus, daß

von den amerikanischen Lohnhütten Elektrokupfer schon zu 9 1/2 bis 9 Cent je Pfund angeboten wird, während das amerikanische Kupferpartell noch an seinem Preise von 10,3 Cent je Pfund festhält. Der von den amerikanischen Außenleitern bis auf 9 1/2 Cent gedrückte Kupferpreis ist

bisher in diesem Jahrhundert noch nicht erreicht

worden. Man muß bis zum Jahre 1896 zurückgreifen, um einen derartigen Tiefstand am Kupfermarkt festzustellen.

In diesem Falle ist die verarbeitende Metallindustrie in Deutschland, die im Jahr etwa 200 000 Tonnen Kupfer verbraucht, der lähmende Dritte. Noch Anfang vorigen Jahres mußte die deutsche Metallindustrie fast 25 Cent je Pfund Kupfer bezahlen. In den letzten einhalb Jahren ist der Kupferpreis um 60 Proz. gesunken. Diese Preisrevolution wirkt sich natürlich besonders bei den Kupfergroßverbraucher wie Siemens, UCB, und Bergmann sowie den verschiedenen anderen großen Kabelfabriken in Berlin in einer sehr kräftigen Senkung der Selbstkosten aus. Wie groß der Kostenanteil des Kupfers bei der Fabrikation von Siemens oder der UCB, ist, bekommt die Öffentlichkeit natürlich nicht zu erfahren. Aber es dürfte vielleicht Herrn Dr. Mewes vom Reichsarbeitsministerium interessieren, den Schleier dieses Betriebsgeheimnisses ein wenig zu lüften. Jedenfalls werden die Führer der Berliner Metallarbeiter bei den gegenwärtigen Verhandlungen diese Angelegenheit sehr deutlich zur Sprache bringen.

6 Proz. Dividende für Bergwerksmaschinen.

Der westdeutsche Maschinenkonzern Schächterman und Krämer-Baum wird nach dem Beschluß des Aufsichtsrates für das jetzt abgeschlossene Geschäftsjahr 1929/30 wieder die gleich hohe Dividende von sechs Prozent wie im Vorjahre zahlen. Da das Unternehmen ein Spezialwerk für Bergwerks- und Aufbereitungsmaschinen darstellt, müssen von den Jechen trotz der schlechten Zeiten noch schöne Aufträge eingelaufen sein.

Was geht bei der Reichsbahn vor?

Offener Brief des Einheitsverbandes an den Generaldirektor.

Dem Einheitsverband der Eisenbahner ist dieser Tage eine alarmierende Mitteilung zugegangen. Sie ist geeignet, große Beunruhigung in die Eisenbahnerschaft hineinzutragen. Es handelt sich bei dieser Mitteilung um eine überaus bedeutsame Angelegenheit, an der die Öffentlichkeit das größte Interesse haben dürfte, und der Vorstand des Einheitsverbandes hat daher in Form eines offenen Briefes an den Generaldirektor Dr. Dornmüller einige Fragen gerichtet, die rasch und klar beantwortet werden müssen.

„Ist es wahr, — fragt der Einheitsverband —, daß ein Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft den Antrag eingebracht hat, die bisher in den Reichsbahnausbesserungswerken zur Ausführung kommenden Reparaturen

der Privatindustrie zu überweisen,

mit der Begründung, daß dann diese Reparaturarbeiten zuverlässiger, besser und billiger gemacht werden und daß sich die Reichsbahn in Zukunft beschränken soll auf die Ausführung der mit dem Betrieb unmittelbar zusammenhängenden sogenannten Zwischen-Reparaturen?“

„So ungeheuerlich dieser Antrag auch sein mag,“ fährt der Einheitsverband in seinem Offenen Brief fort, „es will uns doch durchaus glaubhaft erscheinen, daß ein solches Ansinnen von ge-

müßer Seite gestellt worden ist. Wir gestatten uns daher die weitere Frage: hat es die Hauptverwaltung tatsächlich für notwendig gehalten, Erwägungen anzustellen, um die Behauptung des Antragstellers, daß die Privatindustrie besser und billiger arbeite, auf ihre Stichhaltigkeit zu untersuchen? Liegen nicht genügend Beweise dafür vor, daß diese Behauptung unrichtig, mindestens aber sehr stark übertrieben ist? Haben nicht oft genug Sachverständige erklärt, daß die modernisierten, mit allen Hilfsmitteln der heutigen Technik ausgerüsteten Reichsbahn-Ausbesserungswerke jedem Privatbetrieb durchaus ebenbürtig sind? Wir sind dieser Meinung, weil die Rationalisierung in den Ausbesserungswerken eine solche Stufe der Vollendung erreicht hat, daß die Werke den Privatbetrieben in nichts nachstehen und die Leistungsfähigkeit des Personals kaum überboten werden kann. Wie die Privatbetriebe billiger und besser arbeiten sollen, ist uns rätselhaft, und man kommt unwillkürlich auf den Gedanken, daß dem Antragsteller

andere Motive leiten müssen

als die Sorge um das Wohlergehen der Reichsbahn. Die von der Reichsbahn gezahlten Löhne sind nicht höher, sondern eher niedriger als die vieler vergleichbarer Privatbetriebe. Die Unternehmer aber produzieren schließlich nicht der Reichsbahn zuliebe; sie wollen verdienen. Im Hinblick auf diese Tatsachen

Zehn Jahre Bauhüttenbewegung.

Der Kampf der Arbeiterklasse um neue Wirtschaftsformen.

erlauben wir uns die Frage: Ist die Hauptverwaltung gefonnen, sich in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats mit Entschiedenheit gegen den Antragsteller und seine Pläne zu wenden? Ist sie bereit, an Hand ihrer Unterlagen Antwort über ihre Stellungnahme zu geben?

Die Reichsregierung hat alle Ursache, sich einmal die Mitglieder des Verwaltungsrats näher anzusehen und dabei zu prüfen, ob die Haltung eines jeden einzelnen Mitgliedes in Einklang steht mit den gesetzlichen Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zu dieser Körperschaft. Die Öffentlichkeit aber und nicht zuletzt das gesamte Eisenbahnpersonal, dessen Fell verschahrt werden soll, haben ein Recht, zu verlangen, daß persönliche Interessen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn keine Stätte finden."

Man darf gespannt sein, was der Generaldirektor der Reichsbahn zu diesen die Öffentlichkeit sehr lebhaft interessierenden Fragen zu sagen hat. Hoffentlich läßt die Antwort nicht allzu lange auf sich warten.

Urich vor den Funktionären.

Die Solidarität mit den Metallarbeitern.

Mit welchem Interesse die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse den Kampf der Berliner Metallarbeiter verfolgt, zeigte der überaus starke Besuch der Funktionärskonferenz, die der Ortsausschuß des ADGB zu gestern abend einberufen hatte. Dicht gedrängt sahen weit über tausend Vertrauensleute aus allen freien Berliner Gewerkschaften im großen Saal des Gewerkschaftshauses zusammen, mit größter Spannung den Ausführungen des Genossen Urich folgend, der als Führer dieser bedeutungsvollen Bewegung das Referat des Abends übernommen hatte.

Genosse Urich schilderte zunächst ausführlich die Ursache des Streiks, wobei er besonders die Phasen aus den Partei- und Schlichtungsverhandlungen hervorhob, in denen sich klar zeigte, daß die Berliner Metallindustriellen nicht aus wirtschaftlichen Gründen den Lohnabbau anstreben, sondern um die augenblicklich ungünstige Arbeitsmarktlage zur rücksichtslosen Durchföhrung ihres Machtwillens zu beugen.

Die Gewerkschaften sind durchaus nicht abgeweiht, über eine Senkung des Nominallohnes mit sich reden zu lassen, wenn sich durch eine

umfassende Senkung der Lebenshaltungskosten

der Reallohn der Arbeiterklasse einmal wesentlich erhöhen sollte. Von den Unterhändlern der Metallarbeiter ist ein gangbarer Weg der Wiederbelebung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewiesen worden mit dem Vorschlag auf Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Diese würde den Arbeitern ebenfalls Opfer auferlegen, die dann aber nicht für ein zweifelhaftes Experiment gebracht werden, wie es die Lohnsenkung mit der Erwartung auf eine anschließende Preislenkung ist.

Die Unternehmer haben ihren Generalangriff auf Berlin gerichtet, in der Hoffnung, daß die Berliner Metallarbeiter infolge der politischen Zersplitterung zu schwach zur wirksamen Abwehr des Angriffs der Unternehmer auf ihren Lebensstandard seien. Wie falsch die Spekulation der Unternehmer war, zeigte schon die „Befolgung“ der kommunistischen Partei, bereits einen Tag vor dem durch das Metallartell festgestellten Streikbeginn die Betriebe zu verlassen. Rund 2600 Arbeiter von etwa 130000, die die Arbeit in den BHM-Betrieben eingestellt haben, sind dieser kommunistischen Parole gefolgt.

Die Front der Streikenden steht heute noch genau so fest wie am ersten Streiktag.

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter zeigt, daß die Arbeiterklasse nicht nur einer starken wirtschaftlichen, sondern auch einer starken politischen Interessensvertretung bedarf. Die Vergangenheit, ganz besonders die jüngste, hat bewiesen, daß diese politische Interessensvertretung nur die Sozialdemokratische Partei ist. Genosse Urich schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Berliner Gewerkschaftsfunktionäre, den schweren Kampf der Berliner Metallarbeiter weiterhin mit allen Kräften unterstützen zu wollen.

Der stürmische Beifall der Funktionäre gab dem Leiter der Konferenz, dem Genossen Bredow, Veranlassung, sich auf einige kurze, anfeuernde Schlussworte zu beschränken und von einer besonderen Sympathieerklärung durch die übliche Annahme einer Entschließung Abstand zu nehmen.

Der Kampf um die Beratungsstelle.

Gegenvorschläge der Kommunen.

Der Deutsche Städtetag, der gestern durch seinen Präsidenten Dr. Müller nochmals in zwölfter Stunde vor der Einführung der neuen Richtlinien für die Anleiheberatungsstelle des Reiches gewarnt hatte, veröffentlicht heute seine Vorschläge, die er in dieser Frage dem Reichsfinanzministerium und der Länderkonferenz unterbreitet hat.

Danach würden sich die deutschen Kommunen mit der Einrichtung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen unter der Bedingung abfinden, daß ihre Gegenvorschläge beizwecks des inländischen Anleihe-marktes angenommen werden und daß ihnen Sitz und Stimme in der Beratungsstelle für Auslandsanleihen zugestanden werden. Die Gegenvorschläge des Deutschen Städtetages bei der Anleiheaufnahme im Inlande gehen dahin, daß

a) die von den Städten, kommunalen Gewerkschaften oder Kreditanstalten geplanten Inhaberanleihen für den Inlandsmarkt vor der Genehmigung durch die Bundesbehörde der Begutachtung durch folgende kommunale Kreditausschüsse unterliegen. Es begutachten:

a) der Kreditausschuß des Deutschen Städtetages die Anleihevorschläge von Städten, b) ein Kreditausschuß der öffentlichen kommunalen Kreditanstalten deren Anleihevorschläge.

Die Begutachtung der Anleihevorschläge hat die pflegliche Behandlung des Geld- und Kapitalmarktes zu sichern. Sie erfolgt im Benehmen mit den kommunalen Kreditausschüssen innerhalb der Länder.

Die kommunalen Spitzenverbände werden dahin wirken, daß die anleihebesuchenden Stellen Anleiheanträge, soweit sie nicht die Befürwortung des Kreditausschusses gefunden haben, nicht weiter verfolgen.

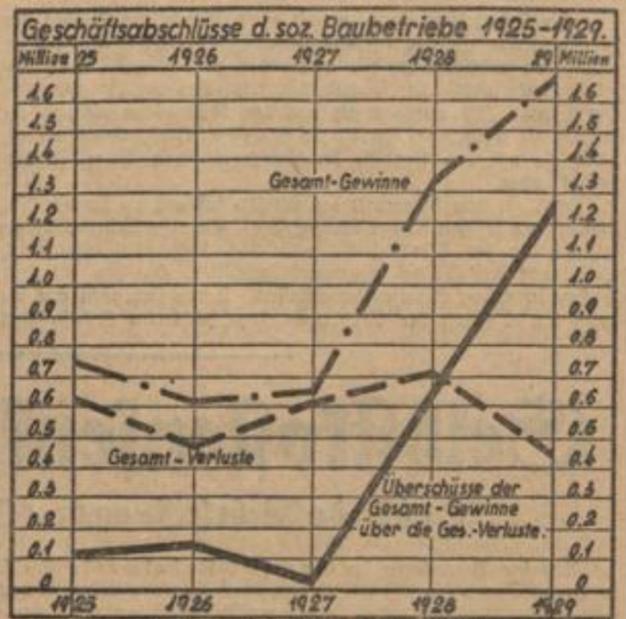
Die im Absatz 1 bezeichneten Kreditausschüsse treten als kommunaler Gesamtkreditausschuß nach Bedarf zu gemeinschaftlichen grundsätzlichen Erörterungen zusammen.

In den weiteren Vorschlägen über die Zusammenfassung der Kreditausschüsse heißt es, daß der Kreditausschuß des Deutschen Städtetages aus Vertretern der angeschlossenen Städte und einem Vertreter der Deutschen Gewerkschaften — Deutsche Kommunalbank besteht. An den Beratungen der Kreditausschüsse sollen außerdem je ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichsbankdirektoriums und der zuständigen Landesregierung angehören.

Diese Gegenvorschläge des Deutschen Städtetages dürften für

Zehn Jahre Arbeit der sozialen Baubetriebe, heißt zehn Jahre Kampf der Arbeiterklasse um neue Wirtschaftsformen. Wie jede Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft, hatte auch die Bauhüttenbewegung seit ihrem Entstehen gegen den Haß der kapitalistischen Wirtschaft und die nicht ruhenden Angriffe der großen Unternehmerverbände zu kämpfen. Jede andere Bewegung, in der nicht diese gesunden Lebenskräfte, dieser starke Wille zur Durchführung gemeinschaftlicher Ideen verwurzelt gewesen wäre, hätte den Kampfmitteln unerschöpflicher Begier und ihrer vor keiner Verdächtigung zurückschreckenden Kampfmittel unterliegen müssen.

Kugust Ellinger, der Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, hat die Geschichte der Bauhüttenbewegung in dem letzten Jahrzehnt in einem Buch „Zehn Jahre Bauhüttenbewegung“ niedergelegt. Ein Jahrzehnt ist nur eine kurze Spanne Zeit, aber sie bedeutet für die Entwicklung der Bauhüttenbewegung so viel, daß dieser Rückblick eine Notwendigkeit ist. Die Gewerkschaften haben mit der Bauhüttenbewegung dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zum ersten Male ein System gegenübergestellt, daß den Privatunternehmer weder als Eigentümer der Produktionsmittel noch als Hüter des Mehrwertes kennt;



Arbeiter und Angestellte sind hier selbst die verantwortlichen Träger der Wirtschaft geworden. Es ist Demokratisierung der Wirtschaft, Wirtschaft fürs Volk, welche die Grundtendenzen der Bauhüttenbewegung bildet.

Seit dem Mai 1919, wo die ersten Produktionsgenossenschaften der Bauarbeiter gegründet wurden und seit dem 18. Oktober 1919, wo die Berliner Bauhütte „Soziale Baugemeinschaft“ entstand, der dann die Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe im Herbst 1920

die Entscheidung der Länderkonferenz, dessen Unterausschuß in der kommenden Woche zusammentritt, von nachhaltigem Einfluß sein.

Lohndruck von oben.

Abwehrkampf in der Weichholglasindustrie.

Die deutsche Weichholglasindustrie ist von einem schweren Arbeitskamps bedroht. Für die Verbandsgruppen I bis V sind völlig unannehmbare Schiedsprüche gefällt worden, die einen Lohnabbau von 3 Proz. vorsehen.

Die Industriellen der Weichholglasindustrie sind als Schrittmacher aller sozialreaktionären Parteien der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bekannt, und die gut organisierten Arbeitnehmer haben daher in den letzten Jahrzehnten wiederholt heftige Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führen müssen. Die Parteiverhandlungen und mehrere Schlichtungsverfahren konnten den Lohnstreit nicht zum Abschluß bringen, so daß das Reichsarbeitsministerium drei Unparteiliche zur Beilegung des Konflikts bestellte. Die Schlichterkammer hat entsprechend der bekannten Regierungserklärung — sie hob das besonders hervor — einen Prozentigen Lohnabbau generell für Alt- und Zeltlohnarbeiter und -arbeiterinnen festgelegt. 40 000 Arbeiter der deutschen Weichholglasindustrie sollen also in ihrem bei schwerster Arbeit verdienten großen Einkommen gekürzt werden. Die Schiedsprüche sind die Folge des Drucks von oben. Die Zustimmung an die Arbeiterschaft der Weichholglasindustrie, einen Lohnabbau, der geradezu ungeheuerlich unmutet, zu schließen, dürfte in der Öffentlichkeit kaum Zustimmung finden.

Der Keramische Bund hat zu den Schiedsprüchen in einer Konferenz Stellung genommen, wobei es zu einer einmütigen Ablehnung des vorgesehenen Lohnabbaus kam. Die Organisation und die Tarifkommission haben den am Lohnstreit beteiligten Arbeitern empfohlen, die Schiedsprüche ebenfalls abzulehnen und über Ablehnung oder Annahme sowie über die Maßnahmen von Kampfhandlungen unter den Mitstreitern eine Urabstimmung vornehmen zu lassen.

Für die 40stündige Arbeitswoche.

Antrag an das Internationale Arbeitsamt.

Wien, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

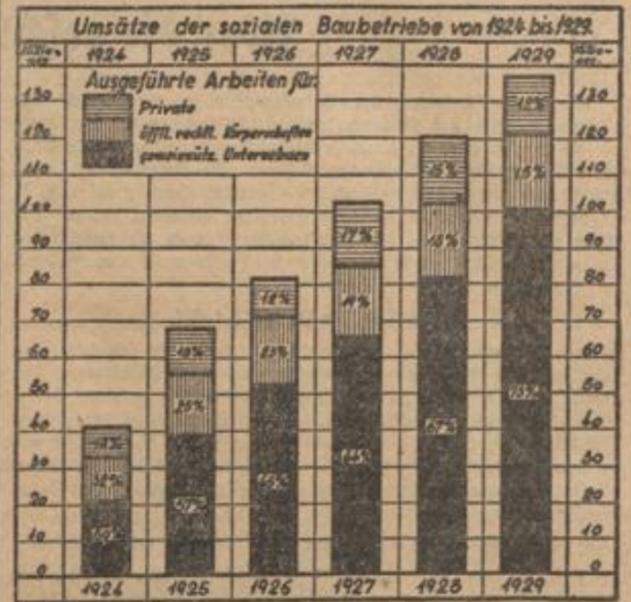
Der Bund der freien Gewerkschaften hat am Donnerstag beschlossen, den Internationalen Gewerkschaftsbund zu ersuchen, beim Internationalen Arbeitsamt in Genf eine Konvention über eine internationale Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ohne Beeinträchtigung der Verdienste der Arbeiter anzugehen.

Reichskonferenz im Gesamtverband.

Vom 25. bis 27. Oktober tagt im Hamburger Gewerkschaftshaus die I. Reichskonferenz der Reichsabteilung Handel, Transport, Kraft- und Luftverkehr im Gesamtverband.

folgte, hat sich diese gemeinschaftliche Bewegung so durchsetzen können, daß der Verband sozialer Baubetriebe heute aus dem öffentlichen Wirtschaftsleben kaum mehr wegzudenken ist.

Den stetigen Aufschwung, den die sozialen Baubetriebe nach Überwindung der zerstörerischen Inflationen seit 1924



genommen haben, zeigen unsere Tabellen. Danach sind die Umsätze der sozialen Baubetriebe von 41,4 auf 137,6 Millionen Mark, also um 235 Proz. gestiegen, während der Umsatz je Betrieb sogar um 351 Proz. anwuchs. Interessant sind auch die Geschäftsabschlüsse, die nach 1924 bei 146 Betrieben 41 Verlustabschlüsse aufwiesen, während 1929 bei 128 Betrieben nur noch 19 mit Verlust abschloßen. Mit dieser Entwicklung ging Hand in Hand ein stetiges Anwachsen der Belegschaft und Kuangulierungen von Baustoffbetrieben und Rohstoffunternehmen. Einzelheiten dieser Entwicklung haben wir bereits in einem besonderen Artikel behandelt.

Einer der markantesten Kapitel in Ellingers fesslender Schrift ist der Kampf der sozialen Baubetriebe gegen das Preismonopol der Baustoffkartelle. Die preislenkenden Wirkungen, die das Auftreten der Bauhütten zur Folge hatte und die an einer Anzahl Beispiele aus den verschiedensten Landesteilen nachgewiesen werden, können volkswirtschaftlich gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Erfolge der jungen sozialen Baubetriebe zeigen aber zugleich, daß die Zukunft der gemeinschaftlichen Betriebsführung gehört, die die Bereicherung des einzelnen auf Kosten der Volksgemeinschaft ausschließt und die den aus dem Betrieb erwirtschafteten Mehrwert der Gesamtheit zutommen läßt.

Die Schaffung des Gesamtverbandes machte auch eine auf breiterer Grundlage ruhende Zusammenfassung der im Gesamtverband verteilten Berufsklassen in Reichsverbänden notwendig. Der Reichskonferenz selbst gehen Besprechungen der durch sie zusammengeschlossenen Reichsgruppen, die wir oben schon anführten, voraus.

Umstellung in Finnland.

Eine freigewerkschaftliche Landeszentrale.

Am Sonntag haben sich acht finnische Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Landesorganisation zusammengeschlossen. Die neugebildete Landesorganisation beschloß, die finnische Gewerkschaftsbewegung an die Amsterdamer Internationale anzuschließen. Der Sekretär der Amsterdamer Internationale Schevenens-Beigien sowie Delegierte der Gewerkschaftsorganisationen in Schweden, Norwegen, Dänemark und Estland wohnten der konstituierenden Versammlung bei und überbrachten die Glückwünsche der Bruderorganisationen in diesen Ländern.

Einigung in der Damenhutindustrie.

Der Lohnstreit in der Damenhutindustrie wurde am Freitag durch eine Vereinbarung unter dem Sonderlichter Dobberlein beigelegt. Die Vereinbarung verlängert die bisher geltenden Löhne in der Spitze von 1,07 Mark auf unbestimmte Zeit, mit einer Kündigungsfrist von zwei Monaten.

Diese Vereinbarung umfaßt rund 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Zunächst volle Weiterarbeit bei den Hochwertern. Im Anschluß an unsere gestrige Meldung, daß die Verwaltung der Hochwerke A.-G. in Zwissau die Betriebsstilllegung beantragt habe und da es sich hierbei nur um eine vorläufige Maßnahme handelte, teilt die Leitung der Hochwerke A.-G. folgendes mit: Das Fabrikationsprogramm im November wird gegenüber dem laufenden Monat legerer im Vergleich erfahren. In welchem Umfang nach Ablauf der folgenden vier Wochen Entlassungen stattfinden, oder ob überhaupt Entlassungen im Laufe des Winters vorgenommen werden, siehe nach weitemwegs fest und hänge ganz von der Entwicklung der Wirtschaftslage ab.

Aufgehobene Sperre. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind die Differenzen mit den Betrieben Café Franconia, Große Frankfurter Str. 68, und Hoffmanns Vereinshaus, Schwedter Str. 23/24, Inhaber beider Betriebe Hoffmann, beigelegt. Die Sperre über diese Betriebe wurde daher aufgehoben.

Wächung, Gewissen und Sympathieerube Kollegen der Frau-Berlin A.-G. Montag, 16.5 Uhr, bei Helmer, Wilmersdorfer Str. 21, wichtige Versammlung. Der wirtschaftliche und politische Kampf der Arbeiterschaft. Westend-Geselle Reich-Deisel. Der Frauentag.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beispielstudienkurs am Sonnabend und Sonntag in Rommel. Treffen am Sonnabend, 25. Oktober, um 18 Uhr, am Bahnhof Wilmersdorfer-Platz. Gängige Gewandtrage. — Sonntag, 9. November, um 14 Uhr, Jugendbesprechung in der Paulsenstr. im Theater am Wollmarkt. „Die Arbeiter von Kattow“, Schauspiel von Friedrich Wolf. Karten zum Preise von 30 Hf. sind in der Jugendzentrale zu haben.